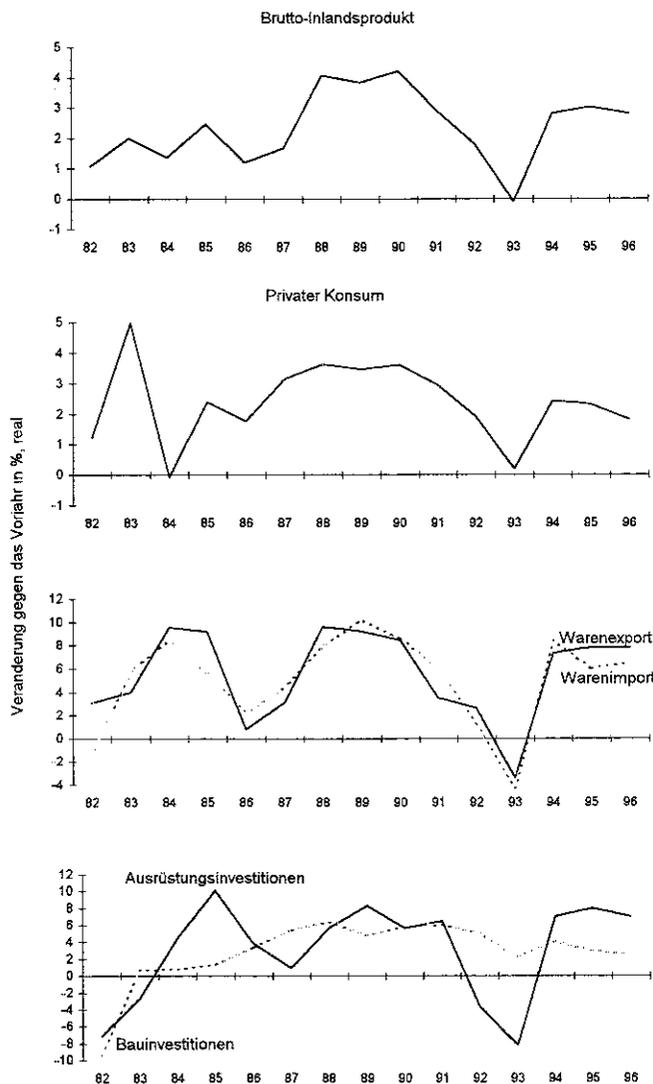


Produktion und Nachfrage

Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %



chen Haushalte mittelfristig unter 3% des BIP zu senken und die Staatsschuldenquote zu stabilisieren. Nach den Belastungen der Rezession erscheint Konsolidierung geboten, um die Fiskalpolitik als Instrument funktionsfähig zu erhalten, die Hartwährungspolitik abzusichern und den Eintritt in eine europäische Währungsunion zu ermöglichen. Die Perspektiven der vorliegenden Prognose rechtfertigen Konsolidierungsmaßnahmen zum gegenwärtigen Zeitpunkt: Die Verschlechterung der Leistungsbilanz sollte dadurch gemildert werden; der anhaltende Aufschwung sollte seinerseits die Budgetverbesserung begünstigen. Den Schwerpunkt der Konsolidierung legt die Bundesregierung auf die Ausgabenseite, da höhere Abgaben im verschärften internationalen Wettbewerb um Produktionskosten- und Standortvorteile hemmend wirkten und den Zielen der Steuerpolitik der letzten Jahre widersprächen.

Laut ersten Berechnungen des WIFO werden jene Maßnahmen des „Sparpakets“, die in absehbarer Zeit realisierbar sind, Wachstumsverluste von nicht mehr als etwa ¼ Prozentpunkt des BIP pro Jahr bewirken. Andererseits scheint durch sie allein ein wichtiges Ziel der Konsolidie-

rung, die Erfüllung der fiskalpolitischen Kriterien des Vertrags von Maastricht bis zum Jahr 1999, noch nicht sichergestellt

Die Aussichten für die weitere Stabilisierung der Verbraucherpreise werden durch steigende Rohwarenpreise und stärkeren Lohnauftrieb beeinträchtigt. Wenn nicht schärferer Wettbewerb im Zuge des EU-Beitritts Produzenten und Handel zu größeren Preiskonkzessionen veranlaßt, hält Österreich einen höheren Inflationssockel als wichtige Konkurrenzländer.

Auf dem Arbeitsmarkt ergeben sich bei anhaltendem Wirtschaftswachstum wieder größere Beschäftigungschancen. Der deutliche Rückgang des inländischen Arbeitskräfteangebotes im Jahr 1994 ist aber, weil vorwiegend durch sozialpolitische Maßnahmen unterstützt, nicht aufrechtzuerhalten. Die Arbeitslosenquote (gemäß internationaler Abgrenzung) verharrt voraussichtlich bis zum Jahr 1996 auf dem gegenwärtigen Niveau von 4¼%

Anhaltender Aufschwung in Westeuropa

In den wichtigsten Industrieländern konvergiert 1995 die Wachstumsrate des BIP gegen 3%. Für die USA bedeutet dies eine Abkühlung der bisherigen Hochkonjunktur, für Westeuropa und vor allem für Japan dagegen eine Beschleunigung des Aufschwungs.

Begünstigt durch lange Zeit niedrige Zinsen, war das Wirtschaftswachstum der USA in den letzten Jahren vor allem von den Investitionen getragen. Nunmehr übernimmt der Export die führende Rolle. Als Folge des gesunkenen Dollarkurses und der größeren Aufnahmefähigkeit der Auslandsmärkte ist 1995 erstmals seit Jahren mit einem positiven realen Außenbeitrag zu rechnen. Die Wirtschaftspolitik agiert restriktiv, um einer inflationären Überhitzung zuvorzukommen. Bis Ende 1996 sollte sich das Wachstum auf eine Jahresrate von 2% verlangsamen.

Japan konnte sich im 2. Halbjahr 1994 dank einer betont expansiven Wirtschaftspolitik aus der Stagnation lösen. Die Zinssätze liegen im kurz- und langfristigen Bereich um

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Brutto-Inlandsprodukt real						
OECD insgesamt	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,3	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,0
USA	- 0,6	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,8	+ 2,8	+ 2,5
Japan	+ 4,3	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 2,5	+ 3,3
OECD-Europa	+ 1,3	+ 1,2	- 0,2	+ 2,3	+ 3,0	+ 3,3
Westdeutschland	+ 5,0	+ 1,8	- 1,7	+ 2,3	+ 2,5	+ 3,0
BRD	+ 1,2	+ 2,2	- 1,1	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,5
Welthandel real	+ 3,6	+ 5,0	+ 2,9	+ 8,5	+ 8,0	+ 7,8
Marktwachstum						
Österreichs	+ 5,9	+ 3,8	- 2,5	+ 7,0	+ 7,0	+ 7,3
Weltmarkt-Rohstoffpreis ¹⁾						
Insgesamt	- 12,9	- 1,0	- 9,9	- 4,0	+ 14,0	
Ohne Energierohstoffe	- 9,5	- 3,2	- 9,2	+ 19,0	+ 15,0	
Erdölpreis ²⁾	\$ je Barrel	19,3	18,5	16,4	15,2	16,2
Wechselkurs	\$ je \$	11,68	10,99	11,63	11,40	11,00
					11,80	

¹⁾ Reales Importwachstum der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. ²⁾ HWWA-Index, Dollarbasis. ³⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Budgetentwicklung im Konjunkturverlauf

Übersicht I

	Nettodefizit des Bundes		Net Lending des Staates ¹⁾		BIP, real Veränderung gegen das Vorjahr in %	Zinsen für die Staatsschuld		Primärsaldo des Staates ²⁾		Staatsschuld ³⁾	
	Mrd. S	In % des BIP	Mrd. S	In % des BIP		Mrd. S	In % des BIP	Mrd. S	In % des BIP	Mrd. S	In % des BIP
1970	- 2,2	-0,6	4,5	1,2	+6,4	4,1	1,1	8,5	2,3	72,8	19,4
1971	- 1,7	-0,4	6,3	1,5	+5,1	4,4	1,0	10,7	2,5	76,5	18,2
1972	- 1,4	-0,3	9,7	2,0	+6,2	4,8	1,0	14,5	3,0	83,9	17,5
1973	- 7,2	-1,3	6,9	1,3	+4,9	5,3	1,0	12,3	2,3	95,0	17,5
1974	- 11,7	-1,9	7,8	1,3	+3,9	6,4	1,0	14,2	2,3	109,0	17,6
1975	- 29,7	-4,5	-16,2	-2,5	-0,4	8,6	1,3	- 7,7	-1,2	157,1	23,9
1976	- 33,3	-4,6	-27,1	-3,7	+4,6	12,2	1,7	-15,0	-2,1	198,9	27,4
1977	- 29,9	-3,8	-18,8	-2,4	+4,5	14,8	1,9	- 4,0	-0,5	239,3	30,1
1978	- 35,4	-4,2	-23,3	-2,8	+0,1	16,7	2,2	- 4,6	-0,6	285,2	33,9
1979	- 32,5	-3,5	-22,0	-2,4	+4,7	21,3	2,3	- 0,7	-0,1	330,4	36,0
1980	- 29,3	-2,9	-17,0	-1,7	+2,9	24,7	2,5	7,8	0,8	371,5	37,3
1981	- 27,5	-2,6	-18,6	-1,8	-0,3	29,3	2,8	10,7	1,0	414,9	39,3
1982	- 46,6	-4,1	-38,5	-3,4	+1,1	35,2	3,1	- 3,2	-0,3	473,5	41,8
1983	- 65,6	-5,5	-47,9	-4,0	+2,0	36,6	3,0	-11,3	-0,9	558,8	46,5
1984	- 57,4	-4,5	-32,8	-2,6	+1,4	43,1	3,4	10,3	0,8	620,4	48,6
1985	- 60,1	-4,5	-33,3	-2,5	+2,5	47,8	3,5	14,5	1,1	681,7	50,6
1986	- 73,1	-5,1	-52,6	-3,7	+1,2	51,9	3,6	- 0,7	-0,0	781,7	55,0
1987	- 69,8	-4,7	-63,2	-4,3	+1,7	58,4	3,9	- 4,9	-0,3	870,7	58,8
1988	- 66,5	-4,2	-47,7	-3,0	+4,1	61,8	3,9	14,1	0,9	933,0	59,6
1989	- 62,7	-3,7	-46,8	-2,8	+3,8	66,4	4,9	19,6	1,2	985,7	58,9
1990	- 62,9	-3,5	-38,7	-2,2	+4,2	73,1	4,1	34,4	1,9	1.052,0	58,4
1991	- 62,7	-3,3	-47,2	-2,4	+2,9	82,1	4,3	34,9	1,8	1.133,4	58,8
1992	- 66,4	-3,3	-41,6	-2,0	+1,8	87,9	4,3	46,3	2,3	1.195,1	58,4
1993	- 98,2	-4,6	-87,4	-4,1	-0,1	93,0	4,4	5,6	0,3	1.330,0	62,8
1994	-105,0	-4,7	-98,7	-4,4	+2,8	93,0	4,1	- 5,7	-0,3		

¹⁾ Staat: Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger. ²⁾ Primärsaldo: Net Lending ohne Zinsen für die Staatsschulden. ³⁾ Ab 1980 laut „Eurostat-Konzept“.

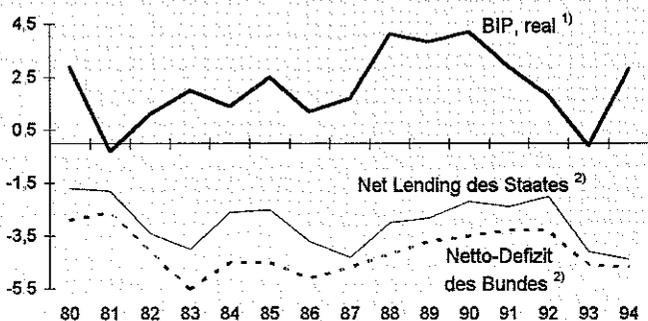
heblicher Anpassungsbedarf (EU-Harmonisierung, Ökologisierung des Steuersystems): Die ersten zwei Etappen der Steuerreform haben gezeigt, daß erfolgreiche Steueränderungen einen gewissen Budgetspielraum voraussetzen.

Im vorliegenden Artikel werden die im Arbeitsübereinkommen angeführten Maßnahmen quantifiziert und mit dem WIFO-Makromodell hinsichtlich ihrer gesamtwirtschaftlichen Wirkungen analysiert.

Quantifizierung der Sparmaßnahmen

Die geplanten Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung sind in einem Anhang zum Arbeitsübereinkommen der Regierungsparteien angeführt. Der vorliegenden Analyse liegt

Wirtschaftswachstum und Budgetverlauf *Abbildung 1*



¹⁾ Veränderung gegen das Vorjahr in %
²⁾ In % des BIP

dieses Dokument zugrunde. Die Vorschläge lassen sich grob in vier Bereiche gliedern:

- 1 Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Personalaufwand der öffentlich Bediensteten (die sowohl den Aktivitäts- als auch den Pensionsaufwand betreffen),
- 2 Einsparungen an Transferausgaben,
- 3 Einschränkungen der Aufwendungen für Förderungen und
- 4 sonstige Einsparungen (des öffentlichen Konsums und der öffentlichen Investitionen)

Diese Aufgliederung nimmt auf die unterschiedlichen Wirkungen der Maßnahmen Rücksicht. Die beabsichtigten Einsparungen im Personalaufwand wirken sich unmittelbar auf den Beitrag des öffentlichen Sektors zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung und damit das Wirtschaftswachstum aus. Die Kürzung von Transfers beeinflusst das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, ihre Effekte auf die Gesamtnachfrage werden daher auch davon bestimmt, wieweit ein Rückgang des verfügbaren Einkommens durch eine Veränderung der Sparquote egalisiert werden kann. Die Einsparungen an Investitionen und Förderungen schränken ebenfalls die Nachfrage ein. Auf welchem Wege einige Maßnahmen wie etwa im Gesundheitsbereich Einsparungen im Bundeshaushalt ermöglichen, wird noch zu klären sein (weil sie primär Länder- und Gemeindehaushalte betreffen).

Personalaufwand für die öffentlich Bediensteten

Das Arbeitsübereinkommen geht davon aus, daß die Pro-Kopf-Gehälter der öffentlich Bediensteten (in den nächsten Jahren) gleich stark steigen wie jene in der Gesamt-

Entwicklung der Industrierohstoffpreise Übersicht 2

HWWA-Index der Industrierohstoffpreise Abbildung 1

HWWA-Index

Gewicht	1993	1993				1994			
		Ø	IV Qu.	I Qu.	II Qu.	III Qu.	Ø	Ø	
Industrierohstoffe	20,9	141,7	-2	+8	+8	+8	-14	+16	
Agrarische Rohstoffe									
Baumwolle	1,3		+5	+23	+7	-11	+2	+25	
Sisal	0,1		+2	+3	+2	+2	+10	+11	
Wolle	0,7		+9	+17	+14	+14	-27	+43	
Häute	0,7		+3	-6	+15	+6	+4	+10	
Schnittholz	2,9		+2	+9	+7	+12	-25	+23	
Kautschuk	0,8		±0	±0	±0	±0	-3	-1	
Zellstoff	3,7		-5	+15	+14	+10	-22	+25	
NE-Metalle	6,1	145,0	-8	+11	+9	+11	-16	+15	
Aluminium (free)	1,1		-8	+16	+7	+13	-11	+27	
Blei (LME) ²⁾	0,3		+8	+15	+1	+22	-25	+32	
Kupfer (LME) ²⁾	3,1		-13	+12	+14	+15	-16	+18	
Nickel	0,6		-3	+22	+5	+3	-25	+14	
Zink (LME) ²⁾	0,5		+5	+3	-2	+2	-22	+1	
Zinn	0,5		-1	+12	+4	-4	-15	+3	
Eisenerz, Schrott	4,7	139,1	+2	±0	+1	+3	-5	+5	
Eisenerz	3,7		±0	±0	±0	±0	-4	-1	
Stahlschrott	1,0		+12	+5	±0	±0	+30	+22	
HWWA-Index insgesamt ¹⁾	100,0	144,3	-4	-4	+12	+8	-10	+4	
Ohne Rohöl	42,3	135,8	+1	+5	+7	+9	-8	+17	

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, und Arbeitsgruppe Rohstoffpreise der AIECE. Neuer Index: 1975 = 100, auf Dollarbasis, gewichtet mit den Rohstoffimporten der Industrieländer der Basisperiode. — ¹⁾ Prognose. — ²⁾ London Metal Exchange. — ³⁾ Industrierohstoffe + Nahrungs- und Genussmittelrohstoffe + Energierohstoffe; zur Preisentwicklung der letzten zwei Rohstoffkategorien siehe Marterbauer, M., „Asynchroner Verlauf der internationalen Konjunktur“, WIFO-Monatsberichte, 1994, 67 (6) Übersicht 3.

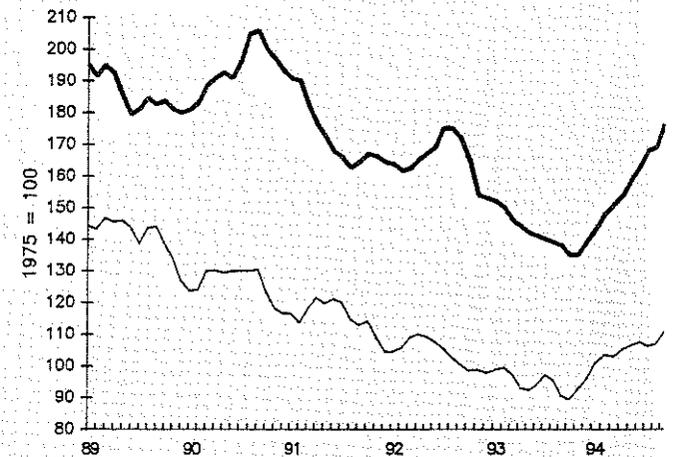
höhung trotz des Konjunkturaufschwungs noch nicht auf ihre Preise überwälzen konnten, mußten Gewinneinbußen hinnehmen

Die Wollpreise stiegen zuletzt besonders stark: nach -27% im Vorjahr um 43% 1994. Dieser seit Ende 1993 anhaltende Trend ist auf die gedrosselte Wollproduktion und auf die rasch steigende Nachfrage z. B. Chinas, aber auch Europas zurückzuführen. Die Schafzüchter dürften damit die Gewinnschwelle erstmals seit dem Wollpreissturz vor drei Jahren wieder überschreiten

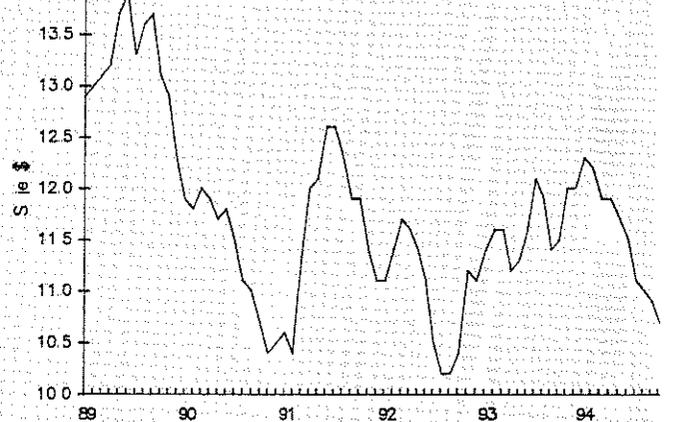
Einige der größten Baumwollproduzenten wurden zu Netto-Importeuren, nachdem ihre Ernte in der Saison 1993/94 zurückgegangen war: So kaufte China nach einer vor allem durch Wetter und Insektenschäden relativ schwachen Ernte in den USA bereits mehr als 1 Mill. Ballen. Diese dienen u. a. zum weiteren Ausbau der strategischen Reserve, die mittlerweile mit 2,5 Mill. t (15% der Weltnachfrage) das größte Baumwollager der Welt ist. China sichert damit seine Produktion von Baumwolltextilien ab, die sehr bedeutend für die Devisenbeschaffung ist. Auch Indien und Pakistan — zwei weitere wichtige Baumwollproduzenten — importierten nach Ernteschäden kräftig. Insgesamt sank das Weltangebot auf etwa 16,6 Mill. t, während die Nachfrage trotz Rückgängen in den Oststaaten bei etwa 18,4 Mill. t stabil blieb. Die Endbestände der Saison 1993/94 waren damit um 18% geringer als ein Jahr zuvor. Die Baumwollpreise boomen entsprechend — sie erreichten Mitte 1994 ihren höchsten Wert seit 1990.

— Auf Dollarbasis

— Auf Schillingbasis



Wechselkurs



Der sinkende Schilling-Dollar-Wechselkurs bewirkt, daß der seit Anfang 1994 anhaltende Anstieg der Industrierohstoffpreise im österreichischen Import nur abgeschwächt durchschlägt.

Kautschuk ist der einzige agrarische Industrierohstoff, der 1994 etwas billiger wurde (-1%): Dies ist u. a. auf laufende Verkäufe der Bufferstockmanager der Kautschukorganisation INRO (International Natural Rubber Organisation) zurückzuführen, die den seit Mitte des Jahres drohenden Preisanstieg unterbinden sollen. Das Internationale Kautschukabkommen, das u. a. festlegt, ab welchem Preis interveniert werden muß, wird zur Zeit überarbeitet.

Unter den NE-Metallen verteuerten sich vor allem Aluminium und Blei. Der Aluminiumpreis dürfte sich 1994 um 27% erhöhen und damit um fast 50% über dem Tiefstwert vom Herbst 1993 liegen. Auslösend war der Beschluß einer Produktionskürzung um 10% der wichtigsten westlichen Erzeuger im Jänner 1994. Rußland ließ seine Zustimmung erkennen. Hinzu kamen Produktionsschwierigkeiten in einigen Ländern, z. B. in Australien. Die Nachfrage wuchs jedoch stärker als erwartet, ab Mai fielen die Bestände an der LME (London Metal Exchange). Die Aluminiumverarbeiter füllten ihre Lager in Erwartung weiterer Preissteigerungen auf. Die Nachfrage der westlichen Länder dürfte

kroökonomisch besser fundiert und tragen der Tendenz der modernen Ökonomie zur Formalisierung Rechnung.

- Die Empirie profitierte von der Erstellung von Volkseinkommensdaten für viele Länder zu vergleichbaren Preisen im Rahmen des International Price Comparison Projekts (IPC). Die von *Summers — Heston* (zuletzt 1991) zusammengefaßten Daten wurden in zahlreichen Querschnittsvergleichen ausgewertet. *Levine — Renelt* (1993) testeten in Regressionsanalysen den statistischen Zusammenhang zwischen Wachstum und einer Vielzahl möglicher Einflußfaktoren.
- Die historische Forschung hilft, fundierte Hypothesen für theoretische Modelle zu entwickeln. *David* (1991) beschreibt, wie lange es dauerte, bis Erfindungen im Bereich der Elektroindustrie in Produktivitätsfortschritte umgesetzt werden konnten. *Fogel* (1994) zieht aus der langfristigen Entwicklung des quantitativen und qualitativen Nahrungsmittelverbrauchs Schlüsse auf die Leistungsfähigkeit, Mortalität und Morbidität der Menschen¹⁾
- Die Institutionenlehre versucht „hinter“ die ökonomischen Größen wie Faktoreinsatz und Faktorproduktivität zu blicken. Die Fähigkeit einer Gesellschaft, sich neuen Bedingungen anzupassen und neue Herausforderungen anzunehmen, steht zur Diskussion. Die Institutionenlehre dringt damit in Bereiche vor, die bisher von Ökonomen nur stiefmütterlich behandelt wurden. In dem Maße, wie sie ihre selbst gesteckten Ziele erreicht, wird der Begriff „soziale Anpassungsfähigkeit“ (*Abramovitz*, 1986) zu einem wissenschaftlich diskutierbaren Begriff. Zur Zeit wird er oft als eine „Escape“-Klausel benutzt, auf die dann zurückgegriffen wird, wenn die Voraussagen der Theorie nicht zutreffen. Pionierarbeit auf dem Gebiet der Institutionenökonomie leistet u. a. *North* (z. B. *North*, 1994)

Trotz der Breite und Dichte der modernen Wachstumsforschung steht sie erst am Anfang. Die neue „endogene“ Theorie wurde bisher noch kaum empirisch getestet²⁾ (*Crafts*, 1992, *Pack*, 1994). Ihre Leistungsfähigkeit wird nicht zuletzt daran gemessen werden, ob es gelingt, den „technischen Fortschritt“ empirisch zu erfassen. Erst dann werden Aussagen außerhalb der Beobachtungszeit und des Beobachtungsraumes möglich (*Solow*, 1994). Im Zuge der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um die neue Wachstumstheorie entstanden zunächst überwiegend empirische Arbeiten, die auf der „alten“ neoklassischen Produktionsfunktion aufbauen. Dazu gehören auch Arbeiten, die sich mit Konvergenz befassen.

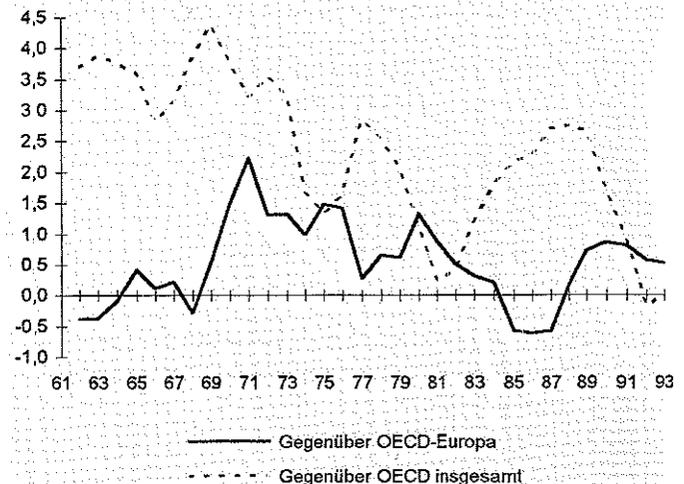
Zur Empirie des Wirtschaftswachstums

Der vorliegende Artikel beleuchtet den empirischen Sachverhalt „Konvergenz“: Holen „arme“ Länder den Vor-

Wachstumsvorsprung Österreichs

Abbildung 1

In % pro Jahr, 3gliedriger Durchschnitt



Das reale BIP pro Kopf stieg in den letzten Jahrzehnten in Österreich fast durchwegs stärker als im OECD-Raum und zumeist stärker als in OECD-Europa. Die Differenz zwischen den Wachstumsraten wurde allerdings tendenziell kleiner.

sprung „reicher“ Länder auf, oder wird die Kluft immer größer?

Wie erwähnt ist Konvergenz keine allgemeine Erscheinung; sie tritt aber in bestimmten Perioden und in bestimmten Räumen auf (Ländergruppen oder Regionen). Die wirtschaftlichen Aufholprozesse, die in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und in Japan ein Jahrzehnt später begannen, sind prominente, in der ökonomischen Literatur oft zitierte Beispiele. Deutschland und Japan sind jedoch nur Repräsentanten bestimmter Ländergruppen. Alle Länder Westeuropas haben seit dem Zweiten Weltkrieg gegenüber den USA aufgeholt, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Das ost- und südostasiatische Wirtschaftswunder erstreckt sich inzwischen auf mehrere Länder der Region, nicht zuletzt auch auf China. Die empirische Forschung entdeckte Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen in den Bundesstaaten der USA seit 1880 (*Barro — Sala-i-Martin*, 1991)

Ein wichtiges Beispiel für einen erfolgreichen wirtschaftlichen Aufholprozeß bietet nicht zuletzt Österreich. Es war Mitte der fünfziger Jahre noch ein Nachzügler unter den Industriestaaten, hat aber seither das obere Mittelfeld der Einkommenshierarchie erreicht. 1954, zu Beginn des Untersuchungszeitraums, erreichte sein BIP pro Kopf, zu Kaufkraftparitäten gemessen, nur knapp 40% des Niveaus der USA; zur Zeit sind es fast 80%. Die quantitativen Aspekte dieses Prozesses wurden (und werden) von *Kausel* (1993), dem „Verkünder des österreichischen Wirtschaftswunders“, popularisiert.

Der Umstand, daß Aufholen möglich, aber nicht selbstverständlich ist, legt nahe, sich mit diesem Thema eingehender zu befassen.

¹⁾ Nach seinen Forschungsergebnissen läßt sich etwa die Hälfte des Wirtschaftswachstums in den letzten zwei Jahrhunderten auf eine quantitativ und qualitativ bessere Ernährung zurückführen.

²⁾ Einen ersten Versuch, die makroökonomische Faktorproduktivität von Ländern aus den eigenen Forschungsausgaben und den Importen aus Ländern mit hohen Forschungsquoten zu erklären, bieten *Coe — Helpman* (1993).

Industrie

	1992	1993	1994	1994				1994			
				II Qu	III Qu	IV Qu	September	Oktober	November	Dezember	
				Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Vorleistungen	- 01	- 25	+ 50	+ 68	+ 72	+107	+100				
Für die Nahrungs- und Genußmittelbranchen	+ 07	- 08	+ 79	+ 98	+ 67	+ 56	+ 46				
Für die Textil- und Lederbranchen	+ 04	- 75	- 04	+ 06	+ 16	+ 22	- 23				
Für die Holz- und Papierbranchen sowie Druckereien	+ 28	- 08	+103	+109	+113	+121	+168				
Für die Chemie	+ 00	- 42	+ 47	+ 70	+ 52	+100	+ 95				
Für die Stein- und Glaswarenproduktion	- 73	- 49	+155	+186	+146	+152	+143				
Für die Grundmetallverarbeitung	- 73	- 25	+ 05	+ 48	+ 67	+ 33	+ 93				
Für die Technische Verarbeitung	- 07	- 46	+ 77	+103	+ 87	+147	+121				
Für die Bauwirtschaft	+ 11	+ 10	+ 38	+ 54	+100	+143	+204				
Für sonstige Wirtschaftsbereiche	+ 19	+ 06	- 01	+ 02	+ 05	+ 52	- 17				
Ausrüstungsinvestitionen	- 26	- 47	- 14	+ 45	+ 34	+ 63	- 13				
Fahrzeuge	-130	-143	-123	- 90	-130	- 68	-182				
Maschinen und Elektrogeräte	- 38	- 35	+ 06	+ 52	+ 39	+ 89	+ 26				
Sonstige	+ 61	- 41	- 39	+ 67	+ 72	+ 39	- 31				
Konsumgüter	- 21	- 11	- 19	+ 41	- 01	+ 36	+ 24				
Verbrauchsgüter	+ 04	+ 03	- 15	+ 65	- 15	+ 34	+ 33				
Kurzlebige Gebrauchsgüter	- 55	-110	- 47	- 41	- 53	+ 02	- 18				
Langlebige Gebrauchsgüter	- 28	+ 79	+ 03	+ 75	+ 71	+ 70	+ 59				
Industrie insgesamt (ohne Energieversorgung)	- 11	- 25	+ 22	+ 58	+ 47	+ 82	+ 63				
Nicht arbeitstätig bereinigt	- 07	- 26	+ 38	+ 42	+ 48	+ 82	+ 57				
Teilweise arbeitstätig bereinigt (7 : 3)	- 10	- 25	+ 27	+ 53	+ 48	+ 82	+ 61				
Produktivität pro Kopf	+ 25	+ 43	+ 70	+ 85	+ 70	+102					
Produktivität pro Stunde	+ 42	+ 61	+ 77	+ 72	+ 72	+ 96					
Auftragseingänge (ohne Maschinenindustrie)	+ 03	- 25	+196	+160	+131	+249	+272				
Auftragsbestände (ohne Maschinenindustrie)	- 13	- 24	+ 97	+132	+123	+127	+154				

Bauwirtschaft

	1992	1993	1994	1994				1994			
				II Qu	III Qu	IV Qu	September	Oktober	November	Dezember	
				Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Produktionswert (nominal)	+ 77	+ 17	+58	+ 31	+31	+48					
Hochbau	+104	+ 10	+39	+ 31	+20	+50					
Tiefbau	+ 00	+ 37	+61	- 02	-08	+15					
Beschäftigte	+ 48	+ 08	+09	- 07	-06	-13					
Hochbau	+ 48	- 14	-03	- 12	-17	-26					
Tiefbau	- 06	+ 72	-06	- 42	-33	-37					
Auftragsbestände	+ 34	+132	+40	+ 69							
Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten	+ 71	+104	+61	+101							
Preisindex Hochbau	+ 37	+ 30	+31	+ 31							
Wohnbau	+ 45	+ 31	+31	+ 30							
Preisindex Tiefbau	+ 17	+ 23	+17	+ 17							
Straßenbau	+ 16	+ 23	+18	+ 18							

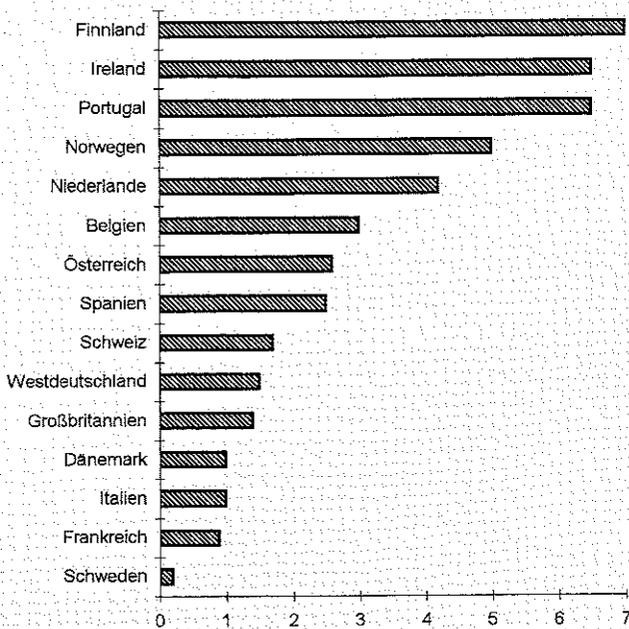
Energiewirtschaft

	1992	1993	1994	1994				1994			
				II Qu	III Qu	IV Qu	September	Oktober	November	Dezember	
				Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Förderung	+ 43	+ 30	+ 46	-129	- 57						
Kohle	-149	- 45	-232	-287	-279						
Erdöl	- 72	- 21	- 61	- 77	- 85	- 82					
Erdgas	+ 81	+ 33	- 57	-112	- 98	- 39					
Stromerzeugung	- 06	+ 29	+ 87	- 40	+ 10	- 55	- 39				
Wasserkraft	+102	+ 54	+125	-131	- 12	-311	-158				
Wärmekraft	-195	- 29	- 96	+369	+ 68	+786	+157				
Verbrauch	- 33	+ 06	+ 46	+ 24	- 05						
Kohle	-221	-130	- 35	+ 21	-216						
Erdöl Mineralölprodukte	- 12	+ 16	+ 47	+ 35	+ 30						
Treibstoffe	+ 02	- 17	+ 41	+ 26	+ 34						
Normalbenzin	- 22	- 71	+ 10	+ 03	+ 38						
Superbenzin	- 53	- 25	- 18	- 08	+ 08						
Dieselkraftstoff	+ 54	+ 08	+ 92	+ 57	+ 51						
Heizöle	-112	+ 90	- 33	+ 46	+ 07						
Gasöl für Heizzwecke	- 73	+102	+ 29	+ 31	- 83						
Sonstige Heizöle	-138	+ 81	-103	+ 64	+102						
Erdgas	- 20	+ 52	+ 52	+133	+ 72						
Elektrischer Strom	- 10	+ 05	+ 33	+ 21	+ 13	+ 45	- 38				

Prognose des Bauvolumens in Europa 1995

Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %

Abbildung 2



Q: Euroconstruct, Länderreports, Zürich, Dezember 1994.

programme laufen in Westdeutschland 1995 aus, sodaß der Zuwachs im Wohnungsneubau 1995 deutlich gedämpft wird. In Österreich rechnet man hingegen auch 1995 mit einer weiter regen Wohnbauleistung, allerdings mit niedrigeren Wachstumsraten als 1994. Portugal profitiert vor allem von den regionalen Infrastrukturprojekten der EU und von den Vorbereitungen für die Expo 1998 in Lissabon.

In Nordeuropa, aber auch in Frankreich, Spanien und Italien waren Anfang der neunziger Jahre massive Einbrüche der Bauproduktion zu verzeichnen. Die Erholung kam in diesen Ländern 1994 noch nicht in Gang, erst 1995 wird mit einer Besserung gerechnet. In Finnland schrumpfte das Bauvolumen in den letzten vier Jahren sogar um etwa die Hälfte; heuer wird wieder ein Zuwachs von 7% erwartet. Ebenso rechnen Norwegen, Irland und die Niederlande 1995 erstmals seit Anfang der neunziger Jahre wieder mit Zuwachsraten in der Größenordnung von 5% bis 6,5%.

In den großen europäischen Ländern wie Frankreich und Italien erholt sich die Baukonjunktur 1995 nur sehr zögernd. Westdeutschland und Großbritannien hatten bereits 1994 ein Wachstum von 4% bzw. 2½% erreicht, die Perspektiven für 1995 sind allerdings in diesen beiden Ländern — infolge von Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte — wieder ungünstiger. Die Prognose wurde für beide Länder für 1995 auf 1½% bzw. 1% zurückgenommen.

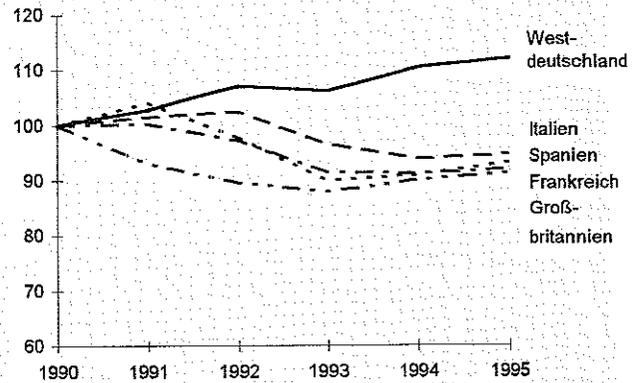
Wohnungsneubau stützt die westeuropäische Baukonjunktur

Im Wohnungsneubau hält die Expansion des Jahres 1994 (+5,6%) auch 1995 an, der Zuwachs dürfte sich aber nach

Das Bauvolumen in den großen Ländern Westeuropas

1990 = 100

Abbildung 3



den vorliegenden Prognosen auf 2,6% abschwächen. Die Neubautätigkeit entwickelte sich in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. In nur drei Ländern, nämlich in Westdeutschland, Österreich und Belgien wurde die Wohnbauproduktion nach 1990 laufend gesteigert, in Westdeutschland und Österreich stiegen die nominellen Umsätze sogar mit zweistelligen Raten. Vor allem in den skandinavischen Ländern (Schweden und Finnland) wurde die Wohnbauleistung in den vergangenen Jahren deutlich eingeschränkt.

Der starke Einbruch der schwedischen Wohnbauproduktion (1993 —30%, 1994 —51%; 1995 —19%) spiegelt die wirtschaftlich und politisch problematische Situation wider: Die Ausgabenreduktion der öffentlichen Haushalte und die deutliche Einschränkung der Wohnbauförderung sowie der Unterstützungen an private Haushalte hatten massive Probleme auf dem Wohnungsmarkt zur Folge. Für 1995 erwartet man die geringste Neubauleistung seit dem Zweiten Weltkrieg. In Finnland war die Talfahrt im Wohnungsbau nicht so stark ausgeprägt wie in Schweden; 1995 rechnet die Wohnungswirtschaft wieder mit einem Zuwachs von 10%.

In den anderen europäischen Ländern mit Ausnahme Italiens wurde die Wohnbauproduktion 1994 ausgeweitet, und auch die Prognosen für 1995 rechnen mit einem Anstieg. In Norwegen, Finnland und den Niederlanden werden 1995 Zuwächse von 10% bis 13% erwartet. In Österreich, Westdeutschland und Spanien entwickelt sich der Wohnbau 1995 ebenfalls überdurchschnittlich.

Die Wohnbaukonjunktur der einzelnen Länder wird entscheidend vom jeweiligen Grad der Förderung bestimmt: So florierte der Wohnbau z. B. in Österreich und Deutschland dank großzügiger Förderungsprogramme. Frankreich setzte neue Impulse für den Wohnungsbau, die aber erst nach 1995 wirksam werden. In anderen Ländern dämpft die restriktive Budgetpolitik die Vergabe von Subventionen für den Wohnungsneubau.

Nach einem sieben Jahre anhaltenden Wohnbauboom werden das Auslaufen von Förderungsprogrammen, die geringen Einkommenssteigerungen, der Zinsanstieg, Budgetrestriktionen und ein geringerer Zuwachs der Erträge aus Mietwohnungen die Neubauproduktion im Woh-

zesses in Mexiko (etwa bis 1989) könnte als „Gradualismus“ bezeichnet werden. Die Reformmaßnahmen bestanden in Budgetkonsolidierung, Umschuldung der Auslandsverpflichtungen, wiederholten Wechselkursanpassungen, massiver Senkung der Reallöhne (zwischen 1982 und 1988 um etwa 40%) und Strukturreformen. Sie wurden im Jahr 1987 durch einen Gesellschaftsvertrag (Pacto) ergänzt, der von der OECD (1992, S. 60) ausdrücklich als ein „österreichischer Typ der Konsensbildung“ bezeichnet wurde. Dennoch war die Anpassung nicht nur lang, sondern auch schmerzhaft. Die Wirtschaftsleistung erreichte erst Ende der achtziger Jahre das Niveau von 1981, die Inflation wurde erst nach acht Jahren auf das Niveau vor der Krise gedrückt.

Seit 1989 wird eine deutlich liberale Wirtschaftspolitik verfolgt, die sich vor allem in der beschleunigten Privatisierung des öffentlichen Sektors sowie in einer weitgehenden Liberalisierung des Außenhandels und der ausländischen Investitionen niederschlägt. Das GATT stellte in seinem Bericht über Mexiko fest, daß das Land heute zu den „offensten Volkswirtschaften der Welt“ zählt und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder erhalten hat (GATT, 1993).

Die Privatisierung und Liberalisierung kann mit folgenden Daten illustriert werden: Die Zahl der staatlichen Betriebe wurde von 1.155 Ende 1982 auf 217 1992 reduziert, die Zahl der im Staatssektor Beschäftigten verringerte sich von 886 000 auf 531.000. Die Privatisierungserlöse der Jahre 1989 bis 1991 machten 6,3% des jährlichen BIP aus (GATT, 1993, OECD, 1992, Dornbusch — Werner, 1994). Die Auslandsverschuldung wurde von 49% des BIP 1982 auf 32% 1992 verringert, wozu der Brady-Plan maßgeblich beigetragen hat. Das Budget wandelte sich von einem Defizit von 16,9% des BIP 1982 zu einem Überschuß von 0,5% im Jahr 1992 (Dornbusch — Werner, 1994).

Eindrucksvoll sind die Veränderungen im Bereich des Außenhandels. Der Anteil von Erdöl (fast ausschließlich vom öffentlichen Sektor gefördert) an den Exporteinnahmen verringerte sich von 64,1% 1980 auf 25,7% 1992; der Anteil der Nichterdöl-Exporte des öffentlichen Sektors fiel von 7,4% auf 1,7%, jener des Privatsektors (ohne Maquiladora-Betriebe) stieg von 23,7% 1980 auf 57,7% 1992. Der Beitrag der Nettoerlöse der Maquiladoras vergrößerte sich von 4,7% auf 14,9%. Auch im Import ist der Rückzug des Staates deutlich: Der Anteil des öffentlichen Sektors an den Gesamtimporten verringerte sich von 36,7% im Jahr 1980 (davon 8% Investitionsgüter) auf nur 6,7% (1,2%) im Jahr 1992 (GATT, 1993).

Die Importe wurden weitgehend liberalisiert. Während im Jahr 1982 für alle Importe quantitative Restriktionen galten, wurden 1992 Importquoten für nur 11% der Einfuhr angewandt. Die durchschnittliche Zollbelastung wurde von 27% im Jahr 1982 auf 13,1% 1992 (für Konsumwaren von über 60% auf weniger als 20%) verringert (Dornbusch — Werner, 1994).

Die erfolgreiche Stabilisierung und Liberalisierung hat Mexiko zu einem attraktiven Zielland für ausländische Investoren gemacht. Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in Mexiko vergrößerte sich von 15 Mrd. \$ im Jahr 1985 auf 31 Mrd. \$ 1990 und 67 Mrd. \$ im I. Quartal 1994.

Die Maquiladoras in Mexiko

Maquiladoras (von maquila – Lohn für die Vermahlung von Getreide) sind Montagebetriebe, die ausschließlich Lohnaufträge für andere Unternehmen durchführen. Die ersten Maquiladoras entstanden Mitte der sechziger Jahre entlang der Grenze zwischen Mexiko und den USA, ihr Aufschwung begann aber erst Anfang der achtziger Jahre, nach der Peso-Abwertung. Sie stützten sich auf die billige mexikanische Arbeitskraft und boten eine Alternative zur Lohnarbeit in anderen Niedriglohnländern im Pazifik.

Die Maquiladora-Industrie bestand 1992 aus etwa 2 000 Betrieben, die fast 5 Mrd. \$ (netto) an Deviseneinnahmen erwirtschafteten (15% der gesamten Warenexporte Mexikos). Etwa 65% der 500 größten Unternehmen der USA betrieben Maquiladoras. Maquiladora-Firmen werden vor allem in der Auto-, Elektro- und Textilindustrie, ferner in der chemischen Industrie, Nahrungsmittel-, Schuh- und Möbelindustrie errichtet (Truett – Truett, 1993).

Die Maquiladoras verdanken ihre Entstehung sowie ihren Erfolg zu einem erheblichen Teil verschiedenen handelspolitischen Ausnahmebestimmungen: den Zollbegünstigungen der USA für bestimmte Lohnveredelungen im Ausland sowie den Zollbefreiungen für Zulieferungen aus den USA und Ausnahmen von den einschränkenden Bestimmungen für ausländische Direktinvestitionen in Mexiko. In den USA ist unter Kapitel 9802 des Zolltarifs – das auf Produktionskooperationen mit Unternehmen im Ausland angewendet werden kann – die Wiedereinfuhr der in den USA erzeugten Komponenten zollfrei (diese Bestimmungen sind mit jenen über den passiven Veredelungsverkehr vergleichbar). Die Maquiladoras waren exportorientiert, ihre Erzeugnisse dürften im Inland nicht abgesetzt werden. Trotz ihres Charakters als verlängerte Werkbank haben die Maquiladoras wesentlich zur Ausbildung der Arbeitskraft Mexikos beigetragen. Viele Maquiladoras wurden zu höherwertiger Produktion ausgebaut. Durch die Beseitigung der früheren Beschränkungen (z. B. für den Absatz in Mexiko) erhielten die bestehenden Betriebe Impulse.

Ausländische Direktinvestitionen machten 1993 und 1994 den Großteil der Nettoinvestitionen in Mexiko aus. Etwa 60% der Direktinvestitionen kamen in der Periode 1989/1993 aus den USA. Für Dienstleistungen (Transport, Nachrichtenwesen, Finanzdienste) waren 40%, für die Industrie (Fahrzeuge, Elektronik) 30% bestimmt. Zur Ausweitung der ausländischen Direktinvestitionen in Mexiko hat die in der „Foreign Investment Act“ aus dem Jahr 1992 festgelegte Liberalisierung der früher recht rigorosen Bestimmungen (u. a. Beschränkung des Auslandsanteils auf 49%) maßgeblich beigetragen. Auch nach den neuen Bestimmungen sind gewisse Sektoren (Erdöl-, Erdgas-, Stromindustrie, Eisenbahnen usw.) dem mexikanischen Staat vorbehalten. In bezug auf Finanzdienstleistungen sind Investoren aus den USA und Kanada bevorzugt (Houde, 1994).

Die Anerkennung der Erfolge des Systemwandels in Mexiko spiegelt sich in der Aufnahme dieses Landes in die OECD im Frühjahr 1994.

Die Finanzkrise Ende 1994

Trotz erfolgreicher Stabilisierung und Strukturanpassung sowie wachsender ausländischer Kapitalströme ist in Me-

der Direktinvestitionen erkennbar. Die hohen Steigerungen der Exporte nach Ost-Mitteleuropa wurden großteils durch Marktanteilsgewinne in Bereichen ermöglicht, in denen die spezifischen Wettbewerbsvorteile Österreichs — Marktkenntnis, persönliche Kontakte u. ä. — zum Tragen kommen. Österreichs Unternehmen haben die Chancen zu einer aktiven Internationalisierung genutzt und in den Nachbarländern zahlreiche Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsunternehmen erworben. Die Auslagerung kostenintensiver Produktionsteile in den Osten verbessert die Chancen der österreichischen Wirtschaft, im schärferen Wettbewerb nach dem EU-Beitritt zu bestehen.

Die positiven Auswirkungen der Ostöffnung sind auch an der regionalen Entwicklung des Wachstums und der Beschäftigung abzulesen. Die Regionen an der früher „toten Grenze“ erleben ein überdurchschnittliches Wachstum. Im Rezessionsjahr 1993 ging die Beschäftigung in Österreich insgesamt leicht zurück, im Burgenland nahm sie hingegen um 0,9%, in Niederösterreich um 0,7% zu. Im Durchschnitt der Jahre 1991/1993 stieg die Beschäftigung in der Ostregion um 1,6% pro Jahr (Wien + 1,1%), in der Westregion um 1,5%, im Süden um nur 0,9%. In der Arbeitsmarktvorschau des Sozialministeriums wird festgestellt, daß die Nachfrage aus Osteuropa „der Ostregion zusätzliche Wachstumsimpulse geliefert hat, die im wesentlichen noch fortwirken. So ist die Bauinvestitionstätigkeit der Unternehmungen in Wien auf sehr hohem Niveau erhalten geblieben, im Burgenland konnte — trotz des besonders hohen Gewichts im Bekleidungssektor — so wie in Niederösterreich der Rückgang der Beschäftigung im Sachgüterbereich deutlich niedriger gehalten werden als im Bundesdurchschnitt. Nur der tendenzielle Abfluß von Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich verhindert, daß auch Wien stärker aus dem Konjunkturschatten tritt“.

Infolge der Globalisierung der Weltwirtschaft müssen sich Unternehmen nicht nur im Export, sondern auch auf ihren Märkten im Inland einer wachsenden Konkurrenz stellen. Um in diesem Wettbewerb bestehen zu können, sollten auch kleinere und mittlere Unternehmen Internationalisierungs-Strategien verfolgen. Zu diesen zählen, neben dem Export, grenzüberschreitende Unternehmenskooperationen, die großteils in Form strategischer Kapitalinvestitionen („Direktinvestitionen“) stattfinden. In Österreich wurden in der Vergangenheit ausländische Direktinvestitionen im Inland gefördert, da sie als ein wichtiges Instrument des Technologietransfers, der Beschäftigungssicherung und der regionalen Entwicklung angesehen wurden. Österreichische Direktinvestitionen im Ausland wurden hingegen bis vor kurzem mit dem „Export der Arbeitsplätze“ assoziiert und negativ beurteilt. Erst vor wenigen Jahren wurde erkannt, daß Beteiligungen und Tochterunternehmen österreichischer Unternehmen im Ausland ein wichtiger Faktor der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind. Die geringe aktive Internationalisierung Österreichs gilt seither als ein gravierender Strukturdefizit. Einen wichtigen Impuls für die aktive Internationalisierung Österreichs brachte die „Ostöffnung“, die von der österreichischen Wirtschaft in hohem Maße genutzt wurde. In bezug auf Investitionen in Osteuropa hat Österreich spezifische Vorteile: Aufgrund von Marktkenntnissen können die österreichischen Investoren die Chancen und Gefahren

zumeist besser als die Interessenten aus anderen westlichen Ländern beurteilen. Auch die persönlichen Kontakte spielen eine wichtige Rolle. Überdies ist Osteuropa für ein Engagement kleinerer und mittlerer Unternehmen besonders gut geeignet, da dort für diese Unternehmensform ein großer Nachholbedarf besteht. Die räumliche Nähe ist vor allem bei Projekten kleinerer Unternehmen wichtig.

Kapitalbeteiligungen an Unternehmen in Osteuropa sind für österreichische Unternehmen aus zwei Gründen attraktiv: wegen des großen Marktpotentials und wegen der billigen Arbeitskraft. Die Beteiligung an einem Unternehmen in Osteuropa bedeutet für das österreichische Unternehmen zum einen die Basis für die lokale Marktbearbeitung, zum anderen für die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch die Auslagerung lohnkostenintensiver Produktionsvorgänge. In den österreichischen „Ostfirmen“ werden freilich oft auch Produkte hergestellt, welche in direktem Wettbewerb mit den in Österreich erzeugten Waren stehen. Österreichische Direktinvestitionen in Osteuropa sind somit auch ein Faktor der Umstrukturierung im Inland.

Die Beurteilung der „Ostöffnung“ durch die österreichische Industrie wurde von der Vereinigung Österreichischer Industrieller und vom WIFO in zwei Umfragen erhoben. Die Ergebnisse beider Umfragen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Veränderungen im Osten werden überwiegend positiv beurteilt
- Die Industrie in Wien bewertet die Folgen der Ostöffnung deutlich optimistischer als die österreichische Industrie insgesamt
- Die Einschätzung der Ostöffnung als einer mit Risiken verbundenen Entwicklung nahm zu. Aus der Sicht der Wiener Industrie ist die Zunahme der Risiken weniger ausgeprägt als im Durchschnitt der österreichischen Industrie

In der VÖI-Umfrage bewerteten fast drei Viertel (73%) der österreichischen und fast vier Fünftel (79%) der Wiener Unternehmen die Folgen der Veränderungen im Osten auf ihr Unternehmen positiv; für jeweils etwas mehr als 10% der Unternehmen hat dieses Ereignis keine Bedeutung, der Rest beurteilt die Folgen negativ. Im WIFO-Test sehen fast zwei Drittel (63%) der österreichischen und drei Viertel (74%) der Wiener Unternehmen in der Ostöffnung mehr Chancen, der Rest mehr Risiken. Die Änderungen im Osten werden in der WIFO-Umfrage vor allem in Ostösterreich (Wien, Niederösterreich, Burgenland) sowie auch in Vorarlberg überdurchschnittlich positiv eingeschätzt. Eine insgesamt negative Sicht ergab sich in der WIFO-Umfrage nur in der Steiermark, was zweifellos mit der Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien zusammenhängt. Deutlich schlechter als in der VÖI-Umfrage beurteilen die Unternehmen in den südlichen Bundesländern (Kärnten, Steiermark) und auch in Oberösterreich die Folgen der Ostöffnung.

Insgesamt eröffnet somit die „Ostöffnung“ Wien besondere Chancen, die freilich auch genutzt werden müssen. Der Beitritt Österreichs zur EU hat verschiedene Hindernisse, die einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit

Weltwährung gehalten werden (dies gilt insbesondere für Kredite an Entwicklungsländer) Änderungen von Zinssatz und Wechselkurs des Dollars als „asset prices“ der Weltwährung verursachen daher ausgeprägte Verschiebungen

Schwankungen des Dollarkurses als flow price der Weltwährung bewirken ausgeprägte Verschiebungen der Terms of Trade zwischen Produzenten und Verbrauchern von Rohstoffen. Änderungen von Zinssatz und Wechselkurs des Dollars als asset prices der Weltwährung verursachen ausgeprägte Verschiebungen in der Einkommens- und Vermögensverteilung zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern.

in der Einkommens- und Vermögensverteilung zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern

Sinkt etwa der Dollarkurs, so sinkt gleichzeitig der Wert der Dollarschulden jedes Landes ausgedrückt in einem der Struktur seiner Exporterlöse entsprechenden „Währungsbündel“: Je größer der Exportanteil der nicht in Dollar notierenden Güter (der Industriewaren), desto größer ist der „Schuldabwertungseffekt“ einer Dollarabwertung bzw. der „Schuldaufwertungseffekt“ einer Dollaraufwertung. Dieser Effekt von Kursschwankungen des Dollars läßt sich auch als Änderung der *Realzinsen für internationale Schulden* darstellen: Ceteris paribus steigen die Industriewarenpreise in Dollar bei einer Dollarabwertung, der Realzins für internationale Schulden (Eurodollarzins minus Exportpreissteigerung) geht daher zurück

Die Schwankungen des Dollarzins beeinflussen die Dynamik der *Akkumulation internationaler Forderungen und Verbindlichkeiten* und damit den Grad der „sustainability“ eines Leistungsbilanzdefizits wesentlich: Für die Veränderung der Relation zwischen der Auslandsschuld eines Landes und seinen Exporterlösen gilt analog zum binnenwirtschaftlichen „dynamic budget constraint“ folgende Beziehung:

$$\frac{d(D/X)}{dt} = \frac{M}{X} - 1 + \frac{(i - g_x) D}{X}$$

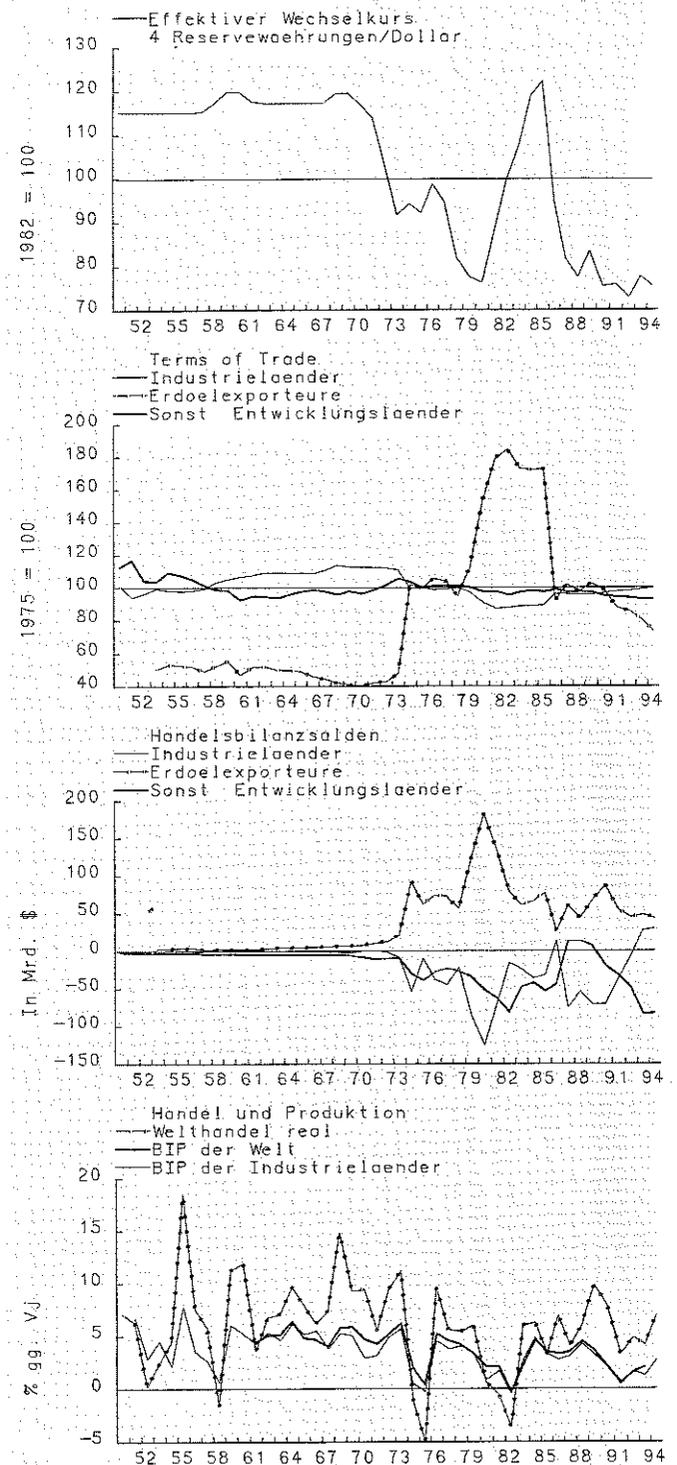
D ... Netto-Auslandsschuld, X , M ... Exporte und Importe i w S ohne Zinszahlungen, i Zinssatz und g_x Exportwachstumsrate, jeweils in einheitlicher Währung (Dollar) und zu laufenden Preisen

Liegt der *Dollarzins unter der Wachstumsrate der Exporteinnahmen* in Dollar, so kann ein Land ein *permanentes Defizit* in seiner externen *Primärbilanz* zulassen, ohne daß seine Schuld-Export-Relation langfristig steigt. Wird das Zins-Exportwachstumsdifferential allerdings positiv — etwa durch einen Anstieg der Dollarzinsen und/oder sinkende Dollarpreise im Export als Folge einer Dollaraufwertung —, so müssen Schuldnerländer entweder ihre Primärleistungsbilanz von einem Defizit in einen Überschub drehen oder eine wachsende Schuld-Export-Relation in Kauf nehmen

Der Dollar ist die *key currency* auf dem Weltdevisenmarkt: Der Außenwert jeder Währung wird in erster Linie durch ihren *Wechselkurs gegenüber dem Dollar* charakterisiert, der *Devisenhandel* wird in Form eines *Tausches* der jeweiligen Währungen gegen den numeraire der Welt-

Dollarkurs und Weltwirtschaft

Abbildung 1



wirtschaft abgewickelt, und daher werden auch die *Wechselkurs*erwartungen primär in bezug auf die Dollarkurse gebildet. Diese drei Charakteristika des Wechselkurssy-

Seit dem Zusammenbruch von Bretton Woods wurde die Ankerwährung der Weltwirtschaft, der Dollar, zur instabilsten aller Währungen.

stems ergeben sich aus der spezifischen Rolle des *Dollars als numeraire der Weltwirtschaft* und trugen umgekehrt dazu bei, daß die Ankerwährung seit dem Zusam-

Saisoneinflüsse sowie die geringere Bereitschaft der Dienstleistungsbetriebe, zusätzliche Beschäftigte aufzunehmen, hatten eine Abflachung der Beschäftigungszuwächse zur Folge. Im I. Quartal lag die Zahl der unselbstständig Beschäftigten um nur 12.000, im März um 600 und im April um 12.000 über dem Vorjahreswert. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote betrug im März 6,4%, nach internationaler Definition 4,4%.

Die Auftragslage der österreichischen Industrie ist nach wie vor gut. Für ein Anhalten der günstigen Konjunktorentwicklung spricht auch die Stärke der Auftriebskräfte im europäischen Ausland. Gedämpft wird der Aufschwung in den Hartwährungsländern insbesondere von der anhaltenden Aufwertung. Die markante Dollarschwäche seit Anfang März hat im Europäischen Währungssystem zu neuerlichen Abwertungen geführt. Der real-effektive Wechselkurs erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr in Deutschland um 8% und in Österreich um 6%. Die statistischen Informationen über die österreichische Wirtschaftsentwicklung reichen derzeit nur bis Februar, sodaß Auswirkungen auf das Konjunkturklima noch nicht beurteilt werden können.

In den westlichen Industriestaaten bewahrte die Konjunktur von Nachfrage und Produktion Anfang 1995 ihre Dynamik. Abschwächungstendenzen in den USA wurden durch ein Anhalten des Konjunkturauftriebs in Europa mehr als ausgeglichen.

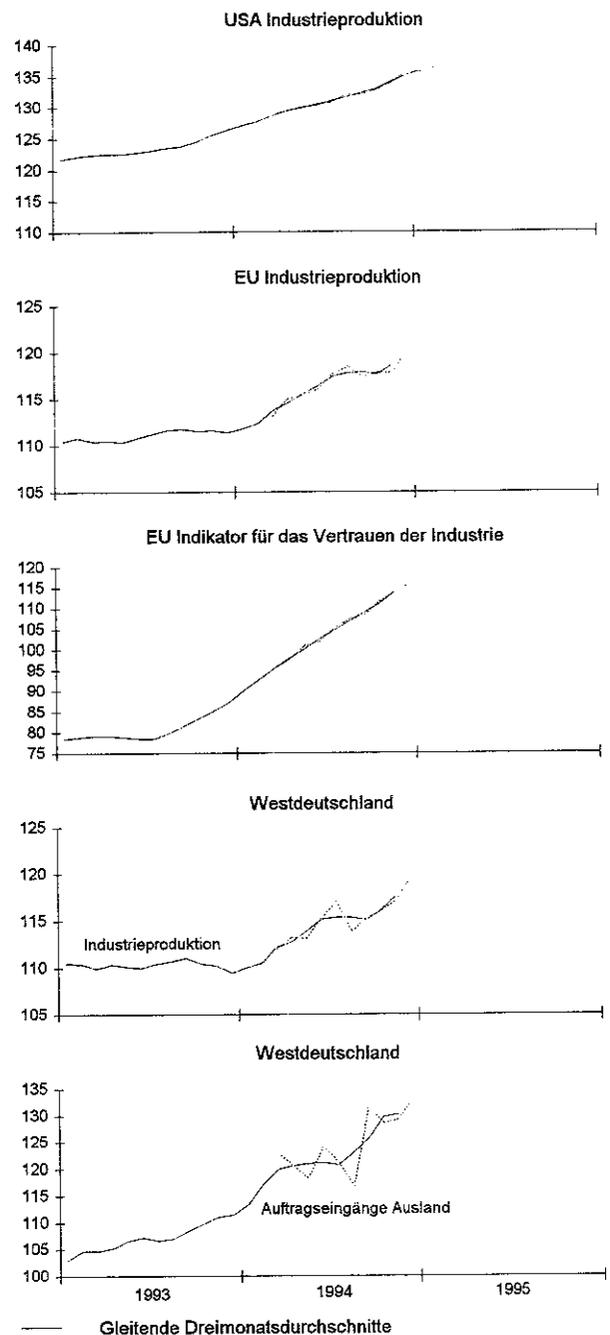
In den USA werden die Effekte der innerhalb der letzten 15 Monate schrittweise verschärften geldpolitischen Restriktion zunehmend in einem Nachlassen des Wachstums der Wohnbauinvestitionen und des privaten Konsums dauerhafter Güter wirksam. Das Wirtschaftswachstum schwächte sich im I. Quartal 1995 auf 2,8% ab (saisonbereinigt auf Jahresbasis, nach 5,1% im IV. Quartal 1994). Die Frühindikatoren lassen auf das Gelingen eines von der Wirtschaftspolitik beabsichtigten „soft landing“ der Konjunktur schließen. Hingegen kommt in Japan die Erholung aus der dreijährigen Stagnation nur sehr mühsam voran. Dank einer expansiven Fiskal- und Geldpolitik — im März wurden neuerlich verschuldungsfinanzierte Infrastrukturprogramme aufgelegt und der Diskontsatz auf 1%, das niedrigste Niveau der Nachkriegszeit gesenkt — haben sich zuletzt privater Konsum und Baunachfrage belebt. Die Aufwertung des Yen ist erheblich stärker als jene der DM. Sie trifft die Exportindustrie schon in der Frühphase der Belebung hart. Nach den Frühindikatoren wird der Aufschwung im laufenden Jahr nur langsam an Kraft gewinnen.

Exportkonjunktur hält in Europa an

In Europa ist die Konjunkturbelebung etwas früher in Gang gekommen als in Japan. Die Auftriebskräfte erwiesen sich zudem als wesentlich stärker. In den enger mit der Konjunktur der USA verbundenen Volkswirtschaften wie Großbritannien, Irland und einigen skandinavischen Staaten festigte sich die Konjunktur schon 1993 und 1994. Insgesamt war der Aufschwung in Europa im vergangenen Jahr nahezu ausschließlich auf die exportorientierte Indu-

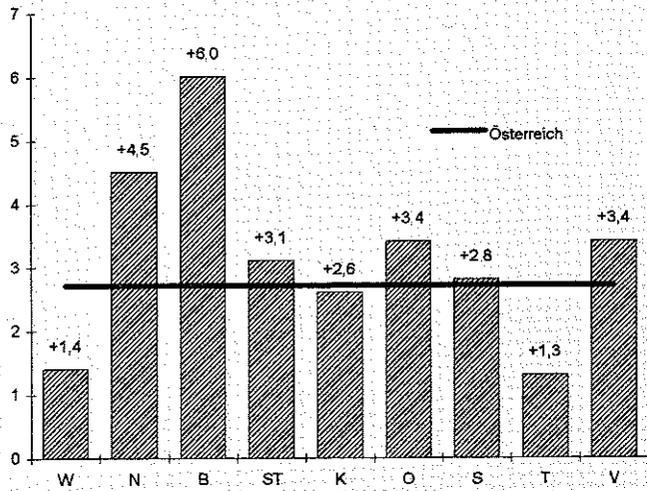
Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1985 = 100



strie konzentriert und dehnte sich im allgemeinen nur schleppend auf die inländische Nachfrage aus. Das gilt im wesentlichen auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres. Auch aus diesem Grund blieben die Beschäftigungseffekte des Aufschwungs bisher relativ schwach. Die Arbeitslosenquoten sind nach dem rezessionsbedingten Anstieg der Vorjahre noch hoch. Im 2. Halbjahr 1994 verstärkte sich die Investitionstätigkeit in der Exportindustrie. Die Binnennachfrage wird in Europa vor allem durch die Bemühungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die schwachen Einkommensteigerungen der privaten Haushalte — trotz leicht sinkender Sparquote — gedämpft.

Brutto-Wertschöpfung ohne Land- und Forstwirtschaft 1994 *Abbildung 1*
Zu Preisen von 1983



Dienstleistungen entwickelte sich etwa im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft. Trotz potentieller Spezialisierungsvorteile in einem größeren Mitteleuropa bilden die produktionsnahen Dienstleistungen nach wie vor keine Wachstumsstütze für die Wiener Agglomeration.

Außerhalb Wiens wuchs der Handel in der Ostregion relativ stark, während die Umsätze der Handelsbetriebe im Westen Österreichs durch den Ausfall im Tourismus gedrückt wurden. Die durch Wechselkursveränderungen zusätzlich geschwächte Tourismusnachfrage dämpfte in erster Linie die Wirtschaftsentwicklung in den alpinen Bundesländern mit intensiven Erholungs- und Sportregionen. Die Rückgänge im Beherbergungswesen wurden in Salzburg und Vorarlberg durch Zuwächse in anderen Wirtschaftszweigen leichter wettgemacht als in Tirol und Kärnten. In Tirol entfaltete kaum ein Wirtschaftszweig große Dynamik, in Kärnten verhinderte die Bauwirtschaft (wie Teile der Industrie) insgesamt eine Stagnation. In Salzburg verbesserte sich die Wertschöpfung deutlich durch die Industrie, in Vorarlberg durch die Sachgütererzeugung außer-

halb der Industrie (Bauwirtschaft, Gewerbe) und in Oberösterreich durch das Gewerbe und regional nachgefragte Dienstleistungen.

Mittelfristige Prozesse bestimmen regionale Arbeitsmärkte

Der österreichische Arbeitsmarkt reagierte 1994 rasch, aber nur sehr gedämpft auf die Konjunkturbelebung. Vom Tiefpunkt im IV. Quartal 1993 (nach einem verbesserten Verfahren saisonbereinigt 3,054 000) stieg die Beschäftigung auf 3,082 000 zum Jahresende 1994, im Jahresdurchschnitt waren um 15 800 Arbeitskräfte mehr beschäftigt als im Vorjahr, allerdings nur 12.900 von ihnen im Produktionsprozeß (Schulungen der Arbeitsmarktverwaltung +2.900). Das Wirtschaftswachstum wurde also überwiegend durch Produktivitätszuwächse realisiert.

Diese deutliche Verbesserung der Produktivitätssteigerung (gegenüber 1993 um 2 Prozentpunkte) geht im wesentlichen darauf zurück, daß die Industrie ihren Beschäftigungsabbau seit Mai gestoppt hat, aber vorerst mit verbesserter Auslastung und mehr Überstunden das Auslangen findet. Nicht zuletzt zwingt der harte Schilling zur Ausschöpfung von Rationalisierungsmöglichkeiten.

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Sachgüterproduktion um 2,9% weniger Arbeitskräfte als im Vorjahr. In den privaten Dienstleistungen haben sich zwar einzelne Anpassungsprozesse stabilisiert, die Expansion der Beschäftigung blieb dennoch insgesamt mit 0,8% mäßig. Bauwirtschaft (+2,9%) und öffentliche Dienste i. w. S. (+2,6%, insbesondere das Gesundheitswesen) trugen wesentlich zur Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage bei, absolut expandierte die Beschäftigung im öffentlichen Dienst um 19.200, also deutlich stärker als im Durchschnitt. Dies gibt angesichts der notwendigen Stabilisierung der öffentlichen Haushalte für den sich eben entwickelnden Aufschwung wenig Anlaß zu Optimismus.

Das Konjunkturgeschehen hat wenig Spuren in der regionalen Entwicklung des Arbeitsmarktes hinterlassen, strukturelle Prozesse bestimmen ihr Gefälle. In den Großräu-

Die Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage 1994

Übersicht 1

	Beschäftigte				Offene-Stellen-Rate	
	Insgesamt ¹⁾	Präsenzdienler, Bezieher von Karenzurlaubsgeld, in Schulung Stehende	Produktiv Beschäftigte ²⁾		Jahresdurchschnitt	Veränderung gegen das Vorjahr
			Absolut	In %		
		Veränderung gegen das Vorjahr				
Wien	- 900	+ 300	- 1.200	-0,2	0,8	-0,2
Niederösterreich	+ 6.100	+ 700	+ 5.400	+1,1	1,2	-0,1
Burgenland	+ 1.500	+ 0	+ 1.500	+2,1	1,3	-0,3
Steiermark	+ 900	+ 400	+ 500	+0,1	0,9	-0,2
Kärnten	+ 1.400	+ 200	+ 1.200	+0,7	1,5	+0,1
Oberösterreich	+ 2.900	+1.000	+ 1.900	+0,4	0,9	-0,1
Salzburg	+ 2.900	+ 300	+ 2.700	+1,3	1,0	-0,2
Tirol	+ 800	- 0	+ 800	+0,4	0,8	±0,0
Vorarlberg	+ 200	+ 100	+ 100	+0,1	0,6	±0,0
Österreich	+15.800	+2.900	+12.900	+0,4	1,0	-0,1

¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Brutto-Industrieproduktion

Übersicht 2

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
					Vorläufig	Prognose	Prognose
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Tschechien	- 3,3	-24,4	- 7,9	- 5,3	+ 2,3	+ 2	+ 2
Ungarn	-10,2	-16,6	- 9,7	+ 4,0	+ 9,2	+ 4	+ 5
Polen ¹⁾	-24,2	-11,9	+ 3,9	+ 7,3	+11,9	+ 9	+ 8
Slowakei	- 4,0	-25,4	-13,8	-10,6	+ 6,4	+ 2	+ 2
Slowenien	-10,5	-12,4	-13,2	- 2,8	+ 6,4	+ 5	+ 6
CEE 5 ²⁾	-14,8	-16,8	- 3,1	+ 1,5	+ 6,4	+ 6	+ 6
Bulgarien	-16,7	-22,2	-15,9	- 6,9	+ 2,9	+ 6	+ 7
Rumänien	-19,0	-22,8	-21,9	+ 1,3	+ 3,3	+ 2	
CEE 7 ³⁾	-15,9	-18,7	- 8,6	+ 0,5	+ 6,7	+ 5	
Rußland	- 0,1	- 8,0	-18,0	-16,2	-20,9	-10	- 5
Ukraine	- 0,1	- 4,8	- 6,4	- 8,0	-27,7	-10	

Q: Nationale Statistiken Prognose: WIIW — ¹⁾ Umsätze — ²⁾ Schätzung des WIIW

staben noch immer hoch. Selbst in Tschechien, das unter den Oststaaten auch auf diesem Gebiet am besten abschneidet, ist es 1994 nicht gelungen, die Preissteigerungsrate unter 10% zu drücken. Die Inflation wird durch Abwertungen, steigende Löhne, administrative Preiserhöhungen und nicht zuletzt auch durch anhaltende Inflationserwartungen genährt. Bulgarien und Rumänien sind mit einer Jahresinflation von 100% und mehr noch weit von Preisstabilität entfernt. In Rußland hielt der Trend zur Preisberuhigung nur in der ersten Jahreshälfte an; trotzdem war die Inflation auf Jahresbasis mit etwa 300% nicht nur deutlich niedriger als im Jahr zuvor (1993 über 800%), sondern auch niedriger als in den meisten anderen GUS-Republiken (z. B. Ukraine 900%, Weißrußland und Kasachstan rund 2.000%).

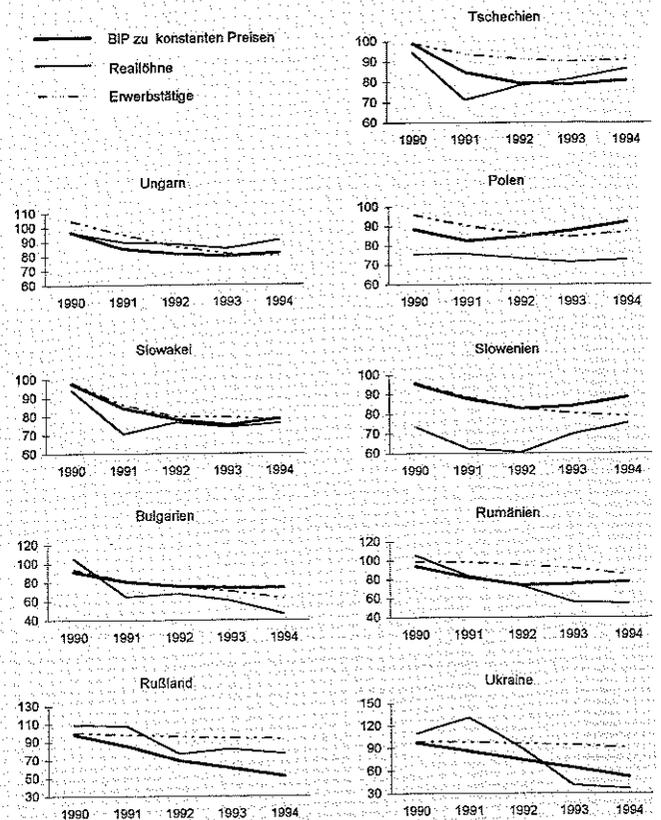
Die Budgetprobleme haben in jüngster Zeit in den meisten Transformationsländern etwas von ihrer Brisanz verloren. Tschechien erzielte 1994 sogar einen Budgetüberschuß von rund 1% des BIP. In Polen ergab der Primärsaldo (ohne Zinszahlungen) einen Überschuß, das Defizit des konsolidierten Budgets betrug lediglich 3% des BIP. Ein höheres Budgetdefizit verzeichneten Rumänien (3,7% des BIP), die Slowakei (5,7%) und Bulgarien (6,1%). Das höchste Budgetdefizit wies unter den CEE-Ländern Ungarn auf (7,3% des BIP); auch hier war der Primärsaldo positiv. In Rußland wurden die Stabilisierungsziele für das Jahr 1994 erwartungsgemäß nicht erreicht, und das Budgetdefizit betrug etwa 10% des BIP.

Unter den spezifischen Bedingungen der Oststaaten sind die Mittel einer restriktiven Budget-, Geld- und Kreditpolitik nur beschränkt wirksam. Die Geldpolitik war 1994 — gemessen an der Entwicklung von Geldmenge und Inflation — in Tschechien, Polen, der Slowakei und Slowenien leicht expansiv und in Ungarn, Rumänien und Rußland mäßig restriktiv. In allen Fällen ging die Inflation aber zurück, wenn auch schwächer als von Regierung und Nationalbank beabsichtigt. Auch die Kreditzinssätze sind in den meisten Ländern hoch und real positiv. Abgesehen vom beträchtlichen Kreditrisiko und den Bemühungen der Zentralbank, die Kreditexpansion zu beschränken, ist die große Spanne zwischen nominellen Zinssätzen und Inflation auf die Ineffizienz des Bankensektors und seine zum Teil steigende Belastung durch nicht rückgezahlte Kredite

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren

Abbildung 1

1989 = 100



Q: WIIW-Datenbank basierend auf nationalen Statistiken. 1994: Vorläufig

zurückzuführen. Wegen des erschwerten oder übermäßig teuren Zugangs zu Kapital sind Unternehmen mit Expansionswunsch genötigt, entweder Kredite bei ausländischen Banken aufzunehmen (Tschechien, Slowenien) oder ihre Investitionen vorwiegend aus Eigenmitteln zu finanzieren (Polen, Ungarn). Im Extremfall (wenn die Zinssätze und auch das Risiko wie z. B. in der GUS besonders hoch sind) wird die Investitionstätigkeit fast eingestellt.

Die Konjunktur wurde 1994 in den CEE-Ländern vor allem von einer starken Erholung der Industrie getragen. Die Brutto-Industrieproduktion expandierte in Polen um 11,9%, in Ungarn um 9,2%, in der Slowakei und in Slowenien um 6,4%, in Tschechien aber um nur rund 2,3% (Übersicht 2). In der GUS hingegen schrumpft die Industrie weiter (-23%), die Krise trifft vor allem den Maschinenbau und die Konsumgüterproduktion. Die anderen Sektoren entwickelten sich — abgesehen von den Dienstleistungen, die durchwegs dynamisch wachsen — eher uneinheitlich. Die Bauwirtschaft expandierte in Tschechien, Ungarn und Rumänien kräftig, die Agrarproduktion stieg 1994 nur in Slowenien, Ungarn und der Slowakei merklich. In der GUS schrumpfte die Landwirtschaft weiter (-13%), die Getreideernte fiel 1994 in Rußland (81 Mill. t) und der Ukraine (34 Mill. t) äußerst niedrig aus.

Der Konjunkturaufschwung hatte in Osteuropa kaum Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Beschäftigung ging weiter zurück. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat sich in den meisten Ländern auf hohem Niveau, die Arbeitslosenquote bei fast 13% stabilisiert (mit Ausnahme

Wirtschaftskennzahlen für China

Übersicht 1

	BNP	Industrie- produktion Real	Brutto-Anlage- investitionen	Einzelhandels- preise	Export	Import	Handelsbilanz	Leistungs- bilanz	Budgetdefizit
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						Mrd \$	In % des BIP	
1980	+ 7,9	+ 9,3	+ 2,9	+ 6,0	+33,7	+24,8	1,9	0,3	-3,3
1985	+12,8	+21,4	+27,3	+ 8,8	+ 5,0	+60,0	-14,8	-4,0	-0,5
1986	+ 8,1	+11,7	+13,3	+ 6,0	+ 2,6	- 8,7	-12,0	-2,6	-2,0
1987	+10,9	+17,7	+14,7	+ 7,3	+34,9	+ 4,3	- 3,8	0,1	-2,2
1988	+11,3	+20,8	+10,4	+18,6	+18,2	+27,4	- 7,7	-1,0	-2,4
1989	+ 4,4	+ 8,5	-15,5	+17,8	+ 5,3	+ 5,3	- 6,6	-1,7	-2,3
1990	+ 4,1	+ 7,8	+ 1,2	+ 2,1	+19,2	-13,3	8,7	3,9	-2,1
1991	+ 7,7	+14,5	+18,8	+ 2,9	+17,8	+22,3	8,1	3,8	-2,5
1992	+13,0	+22,0	+28,2	+ 5,3	+18,6	+26,2	4,4	1,8	-2,5
1993	+13,4	+21,1	+22,0	+13,0	+ 8,0	+29,0	-12,2	-2,5	-2,1

Q: China Statistical Yearbook 1992

se, da der Entwicklungs- und Transformationsprozeß in auffallendem Gegensatz zu dem in den meisten Ländern Osteuropas und den Nachfolgestaaten der UdSSR steht Chinas Reformweg war ein Weg der kleinen Schritte. Die Reformen wurden schrittweise und auf experimenteller Basis in ausgewählten Regionen und Sektoren der Wirtschaft eingeführt, bevor sie im ganzen Land übernommen wurden. Kann man daraus schließen, daß die graduelle Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen zielführender und erfolgversprechender ist und damit die Schock-Therapie-These widerlegt? Diese Frage steht im Mittelpunkt der theoretischen Diskussion rund um das Transformationsproblem planwirtschaftlicher Staaten. Überlegungen zur Geschwindigkeit und Abfolge von Reformschritten spielen auch in bezug auf die Privatisierung von Staatsbetrieben und deren Reorganisation eine wichtige Rolle. China hielt von einer raschen Privatisierung ab. Weitere Unterschiede gegenüber dem Prozeß in den Oststaaten sind die Landwirtschaftsreform als Ausgangspunkt der Entwicklungsstrategie, die große Bedeutung genossenschaftlicher Betriebe auf dem Land sowie die Einführung von Sonderwirtschaftszonen. Besonders hervorgehoben werden muß aber das Fehlen einer politischen Liberalisierung. Das autoritäre Regime blieb bestehen und die Macht und Verantwortung in den Händen der existierenden Bürokratie. In den Oststaaten verursachten die Reformen eine Anpassungsrezession, die in einigen Ländern noch nicht überwunden ist; in China scheint die Systemtransformation reibungsloser zu verlaufen. Welche Faktoren haben dazu beigetragen, und sind die Erfahrungen Chinas zumindest teilweise auf die Problematik anderer Länder — ob Entwicklungs- oder Transformationsländer — übertragbar?

Zum Teil ist der bisherige Erfolg Chinas auf besonders günstige Ausgangsbedingungen zurückzuführen. Ein großer Teil erklärt sich aber durch die besondere Reformstrategie selbst, die spezifische Abfolge von Reformschritten sowie die Rolle des Außenhandels und der Auslandsinvestitionen im Transfer von Technologie und Managementfähigkeiten.

Die Systemtransformation wurde in China durch die Sektorstruktur der Wirtschaft am Beginn der Reformen er-

leichtert. Trotz einer relativ starken Industriebasis dominierte die Landwirtschaft mit einem Arbeitskräfteanteil von fast 60%. Das Vorhaben Chinas glich daher eher dem eines traditionellen Entwicklungslandes: Transfer unterbeschäftigter Arbeitskräfte des Agrarsektors auf Arbeitsplätze mit höherer Produktivität in der neu heranwachsenden

Günstige Ausgangsbedingungen erleichtern Transformationsprozeß

Industrie²). Trotz Kollektivierung blieb der Agrarsektor in China in der Planwirtschaft kleinbetrieblich organisiert, der einzelne Haushalt war stets die Basis der Organisationsstruktur. Durch die Aufhebung des Systems der Kommunen konnten damit relativ leicht Produktivitätsreserven mobilisiert werden. Dagegen waren die Planwirtschaften Ost-Mitteleuropas „überindustrialisiert“, der Agrarsektor wurde systematisch vernachlässigt und der überwiegende Teil der Ressourcen und Beschäftigten der Schwerindustrie zugeführt. Daraus ergibt sich ein bedeutend höherer Abschreibungsbedarf auf das im geschützten Sektor gebundene, mit den Reformen jedoch entwertete Kapital als im arbeitsintensiven Agrarsektor. Die Reformen bedeuteten dort einen Transfer von Arbeitskräften ineffizienter, subventionierter Staatsbetriebe in effizientere, neue Betriebe. *Sachs — Woo* (1994) betonen, dies sei die viel schwierigere Aufgabe, da die Mobilität der Arbeitskräfte durch umfangreiche soziale Besitzstände behindert werde und wegen des hohen Beschäftigungsanteils im subventionierten Industriesektor auch der Widerstand gegen einen Strukturwandel größer sei. Erhaltungssubventionen werden gefordert und gewährt. Leichter sei der Aufbau neuer Industriesektoren mit überschüssigen Arbeitskräften aus der Landwirtschaft. *Naughton* (1994C) argumentiert jedoch, daß das Transformationsproblem der Oststaaten lediglich eine Variante des Entwicklungsproblems Chinas sei. Im neu heranwachsenden Sektor müßten nur genügend Arbeitsplätze für aus dem Staatssektor ausscheidende Beschäftigte geschaffen werden. Durch die Vernachlässigung des Konsum- und Dienstleistungssektors im planwirtschaftlichen System bieten sich in den Oststaaten die

²) In der entwicklungstheoretischen Literatur wird der Wachstums- und Industrialisierungsprozeß häufig mit dem Konzept des Dualismus und dem Modell der Arbeitsangebotsüberschuß-Wirtschaft (labor surplus economy) beschrieben (*Ranis* 1987/1988).

meisten anderen Studien analysiert *Katsoulacos* (1986) diese Beziehungen in allgemeinen und partiellen Gleichgewichtsmodellen. Nach seiner Schlußfolgerung ist die Wirkung von Produktinnovationen auf die Beschäftigung mit größerer Wahrscheinlichkeit positiv als jene von Prozeßinnovationen. Er zeigt, daß Prozeßinnovationen — kurzfristig — die Beschäftigung reduzieren können; Produktinnovationen bewirken hingegen eine Ausweitung der Beschäftigung. Zu ähnlichen Schlüssen kommt *Stoneman* (1983).

Katsoulacos liefert auch eine kohärente theoretische Erklärung für die Beschäftigungseffekte von Innovationen über den Lebenszyklus eines Produktionszweigs. Arbeitskräftenachfrage und Beschäftigung entwickeln sich demnach als Folge von Innovationen zyklisch: Die Entwicklung eines neuen Konsumproduktes, welches einen neuen Markt entstehen läßt, hat natürlich auch einen positiven Einfluß auf das Beschäftigungsniveau. Vor allem in der Anfangsphase dieses neuen Marktes erfolgen wesentliche Neuerungen und Weiterentwicklungen (Produktinnovationen), wodurch Produktion und Beschäftigung steigen. Im Laufe des Reifungsprozesses dieses Marktes wird das Produkt „standardisiert“: Sowohl Kunden als auch Produzenten erwarten bestimmte „Standardeigenschaften“, die jedes Produkt auf diesem Markt aufweisen soll (z. B. *Gerroski*, 1991, *Gort — Klepper*, 1982, *Utterback — Abernathy*, 1978). Nach der Standardisierungsphase werden Prozeßinnovationen, welche die Kosten senken, immer wichtiger — mit der Konsequenz, daß die Arbeitskräftenachfrage und die Beschäftigung sinken.

Zimmermann (1987) schließt aus einem theoretischen Modell, daß Prozeßinnovationen einen negativen Einfluß auf die Beschäftigung hätten. Doch auch die Wirkung von Produktinnovationen ist nicht eindeutig: Durch eine Erhöhung der Löhne infolge von Produktinnovationen können die Beschäftigungsauswirkungen sowohl positiv als auch negativ sein. Nach einer Untersuchung von arbeitsparenden Prozeßinnovationen von *Ott — Wied-Nebbeling* (1992) hängen die Beschäftigungswirkungen großteils von der Preiselastizität der Nachfrage ab. Eine Preiselastizität über 1 ist notwendig, wenn man konstante oder steigende Beschäftigung erreichen will. Das Ausmaß und die Richtung der Veränderung hängen vom Umfang der Effizienzgewinne ab, welche durch die Einführung von Prozeßinnovationen erzielt werden können¹⁾.

Überraschenderweise befaßt sich nur eine sehr kleine Anzahl von empirischen Studien mit diesen Zusammenhängen auf der Unternehmensebene. Ein großer Teil von ihnen konzentriert sich zudem auf Informationstechnologien (Produzenten oder Nutzer; *OECD*, 1994), die aber hier von untergeordnetem Interesse sind. Dieser Mangel an empirischen Untersuchungen auf der Unternehmensebene ist sicher auf den Mangel an repräsentativen Daten zurückzuführen. *Ross — Zimmermann* (1993) lösen dieses Problem durch die Verwendung von Konjunkturtestdaten, um

die Determinanten der Arbeitskräftenachfrage (Nachfrage, Arbeitskosten, technischer Fortschritt) zu evaluieren. Sie kommen zum Schluß, daß Veränderungen der Arbeitskräftenachfrage vor allem durch exogene Veränderungen der Nachfrage und erst dann durch technischen Fortschritt und Veränderung der Arbeitskosten bestimmt werden. Diese Ergebnisse sind weitgehend unabhängig davon, ob Ungleichgewichtszustände, das Exportverhalten und die Richtung der Beschäftigungsveränderung (die Unternehmen gaben an, ob sie die Zahl der Beschäftigten erhöht, verringert oder unverändert gelassen haben) berücksichtigt werden. In dieser Studie hat der technische Fortschritt einen negativen Einfluß auf die Beschäftigung. Durch die Formulierung der Frage (die Unternehmen wurden gefragt, ob „arbeitsparender technischer Fortschritt“ einen Einfluß auf die Beschäftigungspläne hatte) wurden freilich nur Prozeßinnovationen erfaßt.

Zum selben Ergebnis kam *Zimmermann* (1987) bereits in einer früheren Studie, ebenfalls mit Daten aus Konjunkturerhebungen. Der wichtigste Unterschied zu *Ross — Zimmermann* (1993) liegt in der Berücksichtigung von Produkt- und Prozeßinnovationen (als Dummyvariable). Erstaunlicherweise hatten Produktinnovationen einen deutlich stärkeren negativen Einfluß auf die Arbeitskräftenachfrage als Prozeßinnovationen.

Brouwer — Kleinknecht — Reijnen (1993) analysieren den Einfluß von Innovationen auf die Beschäftigung für den Zeitraum 1983 bis 1988 basierend auf Informationen aus der niederländischen Innovationserhebung. Sie finden einen insignifikanten negativen Einfluß der Forschungs- und Entwicklungsintensität des Unternehmens auf die Beschäftigung. Die Wachstumsrate der Forschungs- und Entwicklungsausgaben hat sogar einen signifikant negativen Einfluß auf die Beschäftigung. Wenn jedoch zwischen Produkt- und Prozeßforschung unterschieden wird, hat Forschung und Entwicklung für Produktinnovationen einen positiven Einfluß auf die Unternehmensbeschäftigung. Darüber hinaus verzeichnen Unternehmen, die ihre Forschungsausgaben auf Informationstechnologie konzentrieren, einen stärkeren Beschäftigungszuwachs als der Durchschnitt der Stichprobe.

Nach einer Querschnittsanalyse der Mannheimer Innovationsbefragung durch *König — Buscher — Licht* (1994) lassen Produktinnovationen die Beschäftigung steigen, und es gibt keine Anhaltspunkte, daß Prozeßinnovationen die Beschäftigung senken würden.

Empirische Schätzung der Beschäftigungswirkungen von Innovationen in Österreich

Die vorliegende Studie basiert auf dem Technologie- und Innovationstest (TIT) des WIFO für das Jahr 1990 (*Leo —*

¹⁾ Die Einführung von Produkt- und Prozeßinnovationen wird nicht nur von den technologischen Möglichkeiten bestimmt, wie die oben erwähnten Studien meist implizit annehmen. Die Unternehmensstrategien zur Einführung von Produkt- und Prozeßinnovationen hängen stark von den Marktbedingungen ab. *Kamien — Schwartz* (1970) argumentieren, daß bei elastischer Nachfrage Unternehmen ihre Produktionskosten zu reduzieren suchen und daher Prozeßinnovationen einführen. Je unelastischer die Nachfrage ist, desto wahrscheinlicher ist die Einführung von Produktinnovationen, da unelastische Nachfrage die Gewinne aus einer Verschiebung der Nachfragekurve nach rechts vervielfacht (*Spence*, 1984). Daraus folgt, daß die Wahrscheinlichkeit der Einführung arbeitsparender Prozeßinnovationen auf Märkten mit hoher Preiselastizität relativ groß ist; aufgrund dieser Konstellation wird jedoch auch die Wahrscheinlichkeit eines Beschäftigungsrückgangs geringer.

Industrie

	1992	1993	1994	1994		1995		1995		Mai
				III Qu.	IV Qu.	I Qu.	Februar	März	April	
Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Vorleistungen	- 01	- 25	+ 71	+ 68	+109	+ 98	+103	+ 75	+126	
Für die Nahrungs- und Genussmittelbranchen	+ 07	- 08	+ 59	+ 98	+ 01	+ 01	- 20	- 02	+ 60	
Für die Textil- und Lederbranchen	+ 04	- 75	- 19	+ 06	+ 09	+ 37	+ 16	+ 44	+ 91	
Für die Holz- und Papierbranchen sowie Druckereien	+ 28	- 08	+111	+109	+150	+ 77	+104	+ 71	+ 53	
Für die Chemie	+ 00	- 42	+ 57	+ 70	+ 94	+ 94	+ 88	+109	+ 81	
Für die Stein- und Glaswarenproduktion	- 73	- 49	+146	+186	+ 67	+ 46	+ 62	- 03	+334	
Für die Grundmetallverarbeitung	- 73	- 25	+ 46	+ 48	+ 50	+109	+130	+124	+235	
Für die Technische Verarbeitung	- 07	- 46	+ 96	+103	+157	+169	+144	+138	+147	
Für die Bauwirtschaft	+ 11	+ 10	+ 86	+ 54	+173	+140	+169	+ 84	+124	
Für sonstige Wirtschaftsbereiche	+ 19	+ 06	+ 26	+ 02	+ 23	- 26	+ 15	- 60	+129	
Ausrüstungsinvestitionen	- 26	- 47	+ 35	+ 45	+ 81	+ 62	+136	- 12	+219	
Fahrzeuge	-130	-143	- 84	- 90	-156	+ 51	+ 40	+ 35	+551	
Maschinen und Elektrogeräte	- 38	- 35	+ 55	+ 52	+129	+ 79	+154	- 11	+233	
Sonstige	+ 61	- 41	+ 21	+ 67	+ 46	+ 17	+121	- 34	+111	
Konsumgüter	- 21	- 11	+ 09	+ 41	+ 24	+ 08	+ 06	- 09	+ 47	
Verbrauchsgüter	+ 04	+ 03	+ 17	+ 65	+ 23	- 16	- 13	- 35	+ 55	
Kurzlebige Gebrauchsgüter	- 55	-110	- 45	- 41	- 23	- 25	- 32	- 60	+ 30	
Langlebige Gebrauchsgüter	- 28	+ 79	+ 48	+ 75	+ 66	+ 84	+ 74	+ 81	+ 66	
Industrie insgesamt (ohne Energieversorgung)	- 11	- 25	+ 50	+ 58	+ 84	+ 71	+ 86	+ 39	+130	
Nicht arbeitstäglich bereinigt	- 07	- 26	+ 54	+ 42	+ 83	+ 85	+ 86	+ 40	+ 72	
Teilweise arbeitstäglich bereinigt (7:3)	- 10	- 25	+ 51	+ 53	+ 84	+ 75	+ 86	+ 40	+113	
Produktivität pro Kopf	+ 25	+ 43	+ 89	+ 85	+ 99	+ 77	+ 92	+ 44		
Produktivität pro Stunde	+ 42	+ 61	+ 86	+ 72	+ 94	+ 70	+ 84	+ 45		
Auftragsgänge (ohne Maschinenindustrie)	+ 03	- 25	+178	+160	+271	+141	+182	+ 76	- 02	
Auftragsbestände (ohne Maschinenindustrie)	- 13	- 24	+ 98	+132	+123	+162	+174	+160	+109	

Bauwirtschaft

	1992	1993	1994	1994		1995		1995		Mai
				III Qu.	IV Qu.	I Qu.	Februar	März	April	
Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Produktionswert (nominal)	+ 77	+ 17	+ 73	+ 31	+ 72	-08	+47	-23		
Hochbau	+104	+ 10	+ 68	+ 31	+ 75	+08	+41	+12		
Tiefbau	+ 00	+ 37	+ 58	- 02	+ 48	-54	+25	-76		
Beschäftigte	+ 48	+ 08	+ 13	- 07	+ 03	-27	-11	-44		
Hochbau	+ 48	- 14	+ 12	- 12	+ 00	-31	-24	-34		
Tiefbau	- 06	+ 72	- 13	- 42	- 21	-26	+08	-47		
Auftragsbestände	+ 34	+132	+ 76	+ 69	+ 96	+07				
Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten	+ 71	+104	+100	+101	+113	-04				
Preisindex Hochbau	+ 37	+ 30	+ 29	+ 29	+ 32	+28				
Wohnbau	+ 45	+ 31	+ 30	+ 27	+ 30	+29				
Preisindex Tiefbau	+ 17	+ 23	+ 20	+ 17	+ 23	+22				
Straßenbau	+ 16	+ 23	+ 25	+ 16	+ 28	+21				

Energiewirtschaft

	1992	1993	1994	1994		1995		1995		Mai
				III Qu.	IV Qu.	I Qu.	Februar	März	April	
Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Förderung	+ 43	+ 30	- 53	-129	-125					
Kohle	-149	- 45	-178	-287	-154					
Erdöl	- 72	- 21	- 48	- 77	- 53	- 57	- 56	- 58		
Erdgas	+ 81	+ 33	- 87	-112	- 30	+151	+116	+161		
Stromerzeugung	- 06	+ 29	+ 15	- 40	- 11	+ 46	+ 11	+ 52		
Wasserkraft	+102	+ 54	- 30	-131	-179	- 64	+ 79	-144		
Wärmekraft	-195	- 29	+130	+370	+310	+226	- 71	+557		
Verbrauch	- 33	+ 06	+ 05	+ 25	+ 01					
Kohle	-221	-130	+ 21	+ 21	+169					
Erdöl Mineralölprodukte	- 12	+ 16	+ 02	+ 35	- 42					
Treibstoffe	+ 02	- 17	+ 43	+ 26	+ 37					
Normalbenzin	- 22	- 71	- 05	+ 03	- 25					
Superbenzin	- 53	- 25	- 15	- 08	- 43					
Dieselkraftstoff	+ 54	+ 08	+ 98	+ 57	+107					
Heizöle	-112	+ 90	- 81	+ 46	-136					
Gasöl für Heizzwecke	- 73	+102	- 31	+ 31	- 22					
Sonstige Heizöle	-138	+ 81	-119	+ 64	-198					
Erdgas	- 20	+ 52	+ 28	+133	+ 84					
Elektrischer Strom	- 10	+ 05	+ 11	+ 21	+ 07	+ 50	- 14	+ 75		

Investitionen 1993 bis 1995

Übersicht 2

Industrie

		1993 ¹⁾	1994 ¹⁾	1995 ²⁾
Nominell	Mill. S	51.000	47.500	53.000
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	-18	-7	+11½
Real, zu Preisen von 1983	Mill. S	40.156	36.800	40.300
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	-19	-8½	+9½

¹⁾ Endgültige Zahlen. — ²⁾ Schätzung aus Unternehmerangaben unter Berücksichtigung des Revisionsverhaltens.

bildet, der trotz der Konjunkturverflachung eine kontinuierliche Ausweitung der Produktion sichern sollte. Ein vorübergehendes Nachlassen des Expansionstempos ist für das zweite Jahr eines Konjunkturzyklus nicht untypisch: Die erste Erholungsphase ist von Export und Lageraufbau getragen, und die Investitionsnachfrage setzt erst später ein.

Belebung der Industrieinvestitionen

Die Investitionen der Gesamtwirtschaft wuchsen schon 1994 kräftig. Allerdings fehlte bisher die Nachfrage aus der Industrie. Erfahrungsgemäß setzt der Investitionszyklus in der Industrie erst ein, wenn die Kapazitäten über-

Die Industrie investierte 1994 um 7% weniger als im Vorjahr und plant für heuer eine Ausweitung um 11,5%. Real entspricht das einem Rückgang um 8,5% im Vorjahr und einem Anstieg 1995 von 9,5%. Die Investitionen sind damit weiterhin niedriger als Anfang der neunziger Jahre und bleiben auch in Relation zum Umsatz zurück.

durchschnittlich ausgelastet sind. 1994 kürzten die Unternehmen ihre Investitionspläne trotz der anhaltenden Konjunkturbelebung gegenüber den vorläufigen Plänen aus dem Herbst 1993 um 5%. Nach den derzeit vorliegenden Meldungen betragen die Investitionen 1994 46,3 Mrd. S. Berücksichtigt man die zum Jahreswechsel üblichen Ab-

rundungen, so dürfte das Volumen nominell 47,5 Mrd. S erreicht haben und damit neuerlich unter dem Vorjahresergebnis gelegen sein (nominell -7%, preisbereinigt -8½%). Im Konjunkturmehrpunkt hatten die Investitionen 64,9 Mrd. S betragen. Die Relation der Industrieinvestitionen zum Umsatz ist mit 5,5% deutlich niedriger als im internationalen Durchschnitt.

Für 1995 zeigt die Frühjahrserhebung ein relativ optimistisches Bild: Die Erholung der Konjunktur, der Anstieg der Kapazitätsauslastung und die Verbesserung der Ertragslage ermöglichen eine Ausweitung der Industrieinvestitionen. Die nominellen Pläne sind mit 52,9 Mrd. S höher als in der ersten Befragung im Herbst des Vorjahres. Sie könnten nach Revisionen 53 Mrd. S erreichen, nominell um 11% und auch real um 9% mehr als im Vorjahr.

Die Rahmenbedingungen der österreichischen Industrie haben sich durch die Ostöffnung und die EU-Integration deutlich verändert. Neue Märkte können bearbeitet werden, doch geraten andererseits angestammte Bereiche durch steigende Importkonkurrenz unter Druck. Neben den traditionellen Investitionen sind daher organisatorische Umstellungen, Investitionen in die Ausbildung der Arbeitnehmer und verstärkte Marketingbemühungen erforderlich, um die Konkurrenzfähigkeit auf anspruchsvollen Märkten zu sichern. Ihre Position auf Auslandsmärkten hat die österreichische Industrie in den letzten Jahren durch verstärkte Direktinvestitionen erfolgreich gefestigt.

Industrieumsätze steigen um 5%

Die Industrie setzte 1994 875 Mrd. S um, um 5,2% mehr als im Vorjahr. Die WIFO-Prognose für 1995 rechnet mit einer weiteren Steigerung auf 923 Mrd. S (+5,5%). Auch real ergibt sich damit ein Anstieg der Produktion (+4,5%). Am stärksten werden die Umsätze im Basissektor (+10%) und im Chemiesektor (+8%) zunehmen. In beiden grundstoffnahen Bereichen war das Wachstum der Umsätze in den vergangenen zwei bis drei Jahren gedämpft gewesen. Die Hersteller traditioneller Konsumgüter werden ihren

Die Investitionstätigkeit der Industrie im längerfristigen Vergleich

Übersicht 3

	Nominell		Real		Basissektor	Chemie	Technische Verarbeitung	Bau- und Zulieferung	Traditionelle Konsumgüter	Industrieinvestitionen		Kapazitätseffekt der Investitionen
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %						Anteile an den Investitionen der Industrie	In % der Umsätze	
1981	42.096	+22,9	45.806	+15,9	20,3	8,0	47,6	10,8	13,2	7,5	15,7	+3,2
1982	34.163	-18,8	35.256	-23,0	27,0	8,5	36,5	11,7	16,4	5,9	13,0	+1,7
1983	32.076	-6,1	32.076	-9,0	28,1	10,3	29,6	14,6	17,4	5,4	11,9	+2,0
1984	37.051	+15,5	36.077	+12,5	29,6	10,7	29,5	14,4	15,8	5,8	13,1	+3,1
1985	39.611	+6,9	37.510	+4,0	21,4	13,5	32,8	15,2	17,0	5,9	13,0	+2,8
1986	50.359	+27,1	46.543	+24,1	23,9	16,6	34,6	9,8	15,1	7,5	15,5	+2,4
1987	50.041	-0,6	45.245	-2,8	21,0	14,4	37,5	11,0	16,1	7,3	14,6	+3,0
1988	49.550	-1,0	43.927	-2,9	21,1	14,6	32,7	14,0	17,6	6,7	13,3	+4,3
1989	50.955	+2,8	44.079	+0,3	21,2	15,6	33,0	13,2	17,0	6,4	12,6	+4,4
1990	62.037	+21,7	52.176	+18,4	22,8	15,1	32,7	12,6	16,9	7,3	14,0	+4,6
1991	64.924	+4,7	53.216	+2,0	16,9	14,9	37,5	12,0	18,7	7,5	13,3	+4,2
1992	62.655	-3,5	49.647	-6,7	17,6	15,2	38,5	11,2	17,5	7,4	12,3	+3,6
1993	51.036	-18,5	40.156	-19,1	11,6	16,5	37,6	11,7	22,6	6,1	10,0	+1,5
1994	47.500	-6,9	36.800	-8,4	13,7	14,0	37,1	13,4	21,8	5,3	8,4	+2,2
1995	53.000	+11,6	40.300	+9,5	17,4	13,4	38,3	13,6	17,3	5,7	9,0	+2,2
Ø 1980/1985		+2,9		-1,0	25,1	10,1	34,9	14,1	15,8	6,2	13,4	+2,8
Ø 1986/1994		+2,0		-0,2	18,9	15,2	35,7	12,1	18,1	6,8	12,7	+3,4

Dreimonatskontrakte in London von 1.100 \$ auf über 2.000 \$ je t, den höchsten Wert seit Oktober 1990. Ein Teil dieser Entwicklung ist jedoch auf Spekulationskäufe durch Investmentfonds zurückzuführen. Rußland hatte zwar das Memorandum zur Produktionsdrosselung mitunterzeichnet, exportierte aber etwa 2 Mill. t netto in den Westen und kompensiert damit einen Großteil des Produktionsrückgangs der westlichen Länder von rund 4%. Formal ist das Memorandum noch in Kraft; angesichts der deutlichen Preissteigerungen ist jedoch die Bereitschaft zur Produktionszurückhaltung in Ost und West gering.

Nach einem Preisverfall um 25% 1993 erhöhten sich die Bleipreise 1994 um über ein Drittel (+35%). Im I. Quartal 1995 sanken sie spekulationsbedingt um 6%. Wegen des Autobooms in den USA und der Nachfragebelebung in Europa ergab sich 1994 für die westlichen Ländern ein Produktionsdefizit von 50.000 t; es wurde durch den Nettoexport aus den GUS-Ländern von 30.000 t nicht vollständig kompensiert, sodaß die weltweiten Bleibestände sich verringerten.

Um etwa ein Fünftel verteuerten sich 1994 Kupfer und Nickel. Ähnlich wie auf dem Markt für Blei wurde das Defizit der Kupferproduktion der westlichen Länder 1994 nur zur Hälfte durch den Exportüberschuß aus dem Osten kompensiert, sodaß die Preise bis zum Jänner 1995 stiegen. Der Preisrückgang im Februar und März hat wiederum spekulative Gründe. Der Boom der Nickelnachfrage (+13%) spiegelt vor allem die Entwicklung der Produktion von rostfreiem Stahl wider, in die mittlerweile über 60% des

Nickelangebotes (+4%) fließen. Die von den Stahlherzeugern befürchtete Knappheit wurde durch die Exporte Rußlands verhindert (sie deckten etwa 70% des Produktionsdefizits der westlichen Länder), sodaß bei hohen Beständen noch stärkere Preissteigerungen ausblieben.

Die Preise von Zink und Zinn zogen 1994 schwächer an und gaben im I. Quartal 1995 sogar etwas nach. Die Nachfrage nach Zink expandierte in den westlichen Ländern um 4%, und der Output des Westens sank um 1,5%; Nettoexporte aus den Oststaaten und China bewirkten jedoch, daß die Bestände sich kaum verringerten (Preise 1994 +4%, I. Quartal 1995 -4%). Befürchtungen einer Knappheit von Zinkkonzentrat und damit einer Beeinträchtigung der Zinkproduktion bestätigten sich nicht: Mehrere Zinkminen wurden wieder in Betrieb genommen oder neu eröffnet.

Die Preise von Zinn stiegen 1994 unterdurchschnittlich (+6%, I. Quartal 1995 -2%), da das außergewöhnlich hohe Produktionsdefizit des Westens vor allem durch Exporte aus China und durch Lieferungen aus dem Vorratslager der USA ausgeglichen wurde. Versuche der Vereinigung der zinnerzeugenden Länder, die Produktion durch freiwillige Quoten zu beschränken, schlugen fehl: Zwar trat China der Vereinigung bei, es überschritt seine Quote jedoch um 50%.

Agrarische Industrierohstoffe verteuerten sich insgesamt 1994 um 22%, und auch im I. Quartal 1995 gaben die Preise — anders als die der NE-Metalle — kaum nach.

Am stärksten stiegen aufgrund der Belebung der Nachfrage und der Produktionsrückgänge in Australien und Neuseeland sowie in Rußland und Südafrika die Wollpreise (1994 +45%, I. Quartal 1995 +9%). Sie erreichten damit erstmals wieder das Niveau von Anfang 1992, dem Beginn der Krise in der Wollindustrie.

Schnittholz und Zellstoff verteuerten sich 1994 um jeweils 25%. Ein so rasanter Anstieg der Zellstoffpreise (I. Quartal 1995 +8%) war seit dem Zweiten Weltkrieg nicht zu beobachten. Angesichts der großen Nachfrage in Nordamerika, Europa und Asien und der nur mehr sehr niedrigen Bestände setzten die Produzenten Preissteigerungen durch, um die enormen Verluste von Anfang der neunziger Jahre wettzumachen. Die Schnittholzpreise profitierten 1994 von der dynamischen Entwicklung der Bautätigkeit insbesondere in Deutschland und Großbritannien; die rückläufige Baunachfrage ließ die Preise Anfang 1995 etwas sinken (I. Quartal -1%). Zugleich drängten kanadische Exporteure wegen der Rezession auf dem Baumarkt der USA verstärkt nach Europa.

Baumwolle war 1994 um ein Viertel, im I. Quartal 1995 um ein Drittel teurer als im Vorjahr. Zur konjunkturbedingten Belebung der Nachfrage kamen Ernteauffälle auf dem indischen Subkontinent und in Ägypten sowie in der GUS. Die Länder des indischen Subkontinents (Indien, Pakistan, Bangladesch usw.) — früher Baumwollexporteure — sind mittlerweile zu Nettoimporteuren geworden. Der internationale Baumwollrat schätzte das Produktionsdefizit auf 300.000 t. Sowohl für die Handweber als auch für die Textilindustrie verstärken die hohen Preise den Druck zur Substitution durch synthetische Fasern.

Entwicklung der Industrierohstoffpreise Übersicht 2

HWWA-Index

	Gewicht In %	1994		1994		1995		1995 ¹⁾	
		Ø	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Ø	Ø	
		Veränderung gegen die Vorperiode in %							
Industrierohstoffe	20,9	165,9	+ 8	+ 8	+ 9	+ 6	+ 17	+ 24	
Agrarische Rohstoffe									
Baumwolle	1,3	171,8	+ 10	+ 8	+ 9	+ 8	+ 22	+ 30	
Sisal	0,1		+ 7	- 11	+ 2	+ 35	+ 24	+ 28	
Wolle	0,7		+ 2	+ 2	+ 1	± 0	+ 10	+ 4	
Häute	0,7		+ 14	+ 14	+ 9	+ 9	+ 45	+ 37	
Schnittholz	2,9		+ 15	+ 6	+ 3	+ 2	+ 10	+ 15	
Kautschuk	0,8		+ 7	+ 12	+ 10	- 1	+ 25	+ 17	
Zellstoff	3,7		± 0	± 0	± 0	+ 36	- 2	+ 43	
			+ 14	+ 10	+ 17	+ 8	+ 25	+ 49	
NE-Metalle									
Aluminium (free)	1,1	171,2	+ 9	+ 11	+ 14	+ 5	+ 18	+ 28	
Blei (LME) ²⁾	0,3		+ 7	+ 13	+ 21	+ 5	+ 32	+ 33	
Kupfer (LME) ²⁾	3,1		+ 1	+ 22	+ 10	- 6	+ 35	+ 15	
Nickel	0,6		+ 14	+ 15	+ 13	+ 6	+ 21	+ 31	
Zink (LME) ²⁾	0,5		+ 5	+ 3	+ 24	+ 16	+ 20	+ 44	
Zinn	0,5		- 2	+ 2	+ 15	- 4	+ 4	+ 11	
			+ 4	- 4	+ 11	- 2	+ 6	+ 6	
Eisenerz, Schrott									
Eisenerz	4,7	146,1	+ 1	+ 3	+ 1	+ 2	+ 5	+ 4	
Stahlschrott	3,7		± 0	± 0	± 0	± 0	- 1	± 0	
	1,0		± 0	± 0	- 2	+ 1	+ 19	- 1	
HWWA-Index									
Insgesamt ³⁾	100,0	147,8	+ 12	+ 8	± 0	+ 3	+ 2	+ 11	
Ohne Rohöl	42,3	148,9	+ 7	+ 9	+ 4	+ 4	+ 10	+ 17	

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, und Arbeitsgruppe Rohstoffpreise der AIECE. Neuer Index: 1975 = 100, auf Dollarbasis, gewichtet mit den Rohstoffimporten der Industrieländer der Basisperiode. — ¹⁾ Prognose. — ²⁾ London Metal Exchange. — ³⁾ Industrierohstoffe + Nahrungs- und Genußmittelrohstoffe + Energierohstoffe; zur Preisentwicklung der letzten zwei Rohstoffkategorien siehe Busch, G., Marterbauer, M., „Wechselkursverschiebungen und Wirtschaftsentwicklung in Westeuropa“ WIFO-Monatsberichte, 1995, 68(6), S. 401 Übersicht 3.

Die Nachfrage der Österreicher nach Auslandsreisen entwickelte sich boomartig (1994 +11%). Die Schere zwischen Export- und Importentwicklung im Tourismus ließ den Überschuß in der Reiseverkehrsbilanz schrumpfen: Zwischen 1993 und 1994 sank er um 17,2 Mrd. S. Die Abdeckung des Defizits im Warenhandel durch den positiven Saldo im Tourismus verringerte sich damit von 76% (1993) auf 48% (1994)

Das insgesamt enttäuschende Tourismusergebnis für das Jahr 1994 ist die Verstärkung eines bereits seit 1992 wirkenden negativen Trends. Die rückläufige Entwicklung ging in erster Linie von der internationalen Nachfrage aus und betraf vorerst nur die Sommersaison, erfaßte aber dann auch die Wintersaison. Gegenüber dem Rekordjahr 1991 stiegen die nominellen Umsätze bis 1994 nur noch geringfügig (+2½%), real sanken sie um etwa 9½%

Die Übernachtungen im Tourismus erreichten 1993 ein Volumen von 127,0 Mill., 1994 nur noch 122,4 Mill. Gegenüber dem Höchststand von 1991/92 bedeutet dies Einbußen von rund 8 Mill. (das entspricht etwa dem Jahresnächtingvolumen von Oberösterreich)

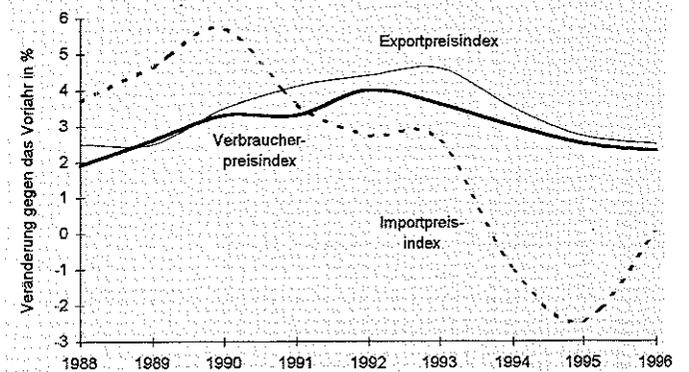
Auch im laufenden Jahr kann die österreichische Tourismuswirtschaft nicht am internationalen Konjunkturaufschwung partizipieren. Nach dem Einbruch in der Wintersaison 1994/95 sind in der Sommersaison neuerlich Rückgänge zu erwarten.

Verschlechterung der internationalen Rahmenbedingungen dämpft Tourismuskonsum

Kurz- und zum Teil auch mittelfristig werden die Schwankungen im österreichischen Tourismus hauptsächlich durch drei Faktoren beeinflusst: die Entwicklung der Netto-Realeinkommen in Westdeutschland, den real-effektiven Wechselkurs und den relativen Preisindex für Flugpauschalreisen (in Relation zum Preisindex für die internationale Tourismuskonsum in Österreich). Zusätzlich reagiert die Tourismuskonsumentwicklung auf längerfristig wirkende Faktoren der Angebots- und Nachfragestruktur (vgl. dazu weiter unten)

Ein Zuwachs im österreichischen Tourismus ist mit einem deutlichen Netto-Realeinkommensanstieg in Westdeutschland, einer relativen Verbilligung des Tourismusangebotes (in einheitlicher Währung) und verhältnismäßig stabilen relativen Preisen für Flugpauschalreisen verbun-

Preisentwicklung im internationalen Reiseverkehr **Abbildung 1**



Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, eigene Berechnungen.

den. Die für den österreichischen Tourismus ungünstigen Phasen (dazu zählt vor allem die Periode 1991/1995) sind durch Rückgänge oder eine Stagnation der Netto-Realeinkommen in Westdeutschland, eine relative Verteuerung des Tourismusangebotes und eine relative Verbilligung der Flugpauschalreisen (Ablenkungseffekte) gekennzeichnet (Übersicht 1, Abbildung 1).

Im Zeitraum 1991/1995 sanken die Netto-Realeinkommen der westdeutschen Haushalte in erster Linie wegen der hohen Wiedervereinigungskosten um 1½% pro Jahr, die Nachfrage nach Österreich-Aufenthalten wurde dadurch deutlich gedämpft. Weiters beeinträchtigen Abwertungen in wichtigen Zielländern des internationalen Tourismus (z. B. Spanien, Portugal, Italien, USA) Österreichs Wettbewerbsposition. Insgesamt stieg der nominell-effektive Wechselkurs des Schillings (tourismusexportgewichtet) zwischen 1991 und 1995 um 2,7% pro Jahr, der real-effektive Wechselkursindex (tourismusexportgewichtet) nahm im gleichen Zeitraum um 3% pro Jahr zu.

Auch von der Entwicklung der relativen Preise von Flugpauschalreisen geht ein deutlicher Einfluß auf den österreichischen Tourismus aus: Sie sind seit 1989/90 aufgrund der Überkapazitäten auf den Nordatlantikkontrakten und der Liberalisierungsmaßnahmen im europäischen Luftverkehr im Durchschnitt um rund ein Fünftel gesunken, nachdem sie langfristig — mit Ausnahme der durch die Erdölkrise bedingten Erhöhung Anfang der achtziger Jahre — verhältnismäßig stabil gewesen waren. Die relative Verbilligung der Flugreisen gibt dem österreichischen Städtetourismus Impulse, wogegen der Urlaubs- und Erholungstou-

Makroökonomische Bestimmungsfaktoren im internationalen Reiseverkehr

Übersicht 1

	Nächtingungen		Netto-Realeinkommen in Westdeutschland	Real-effektiver Wechselkurs Österreich, tourismusexportgewichtet	Relativer Preisindex für Flugpauschalreisen ¹⁾	Einnahmen im internationalen Reiseverkehr, real	Anteil der Reiseverkehrsbilanz am BIP
	Ausländer	Deutsche					
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
				Prozentpunkte			
1977/1981	+4,23	+2,76	+2,32	-1,95	+0,80	+3,80	+0,23
1981/1986	-1,59	-3,21	+0,32	+1,75	-1,07	-1,31	-0,24
1986/1991	+3,13	+2,78	+3,11	-0,59	-1,23	+7,01	+0,15
1991/1995	-3,17	-2,17	-1,62	+2,87	-3,45 ²⁾	-4,11	-0,53

¹⁾ VPI für Flugpauschalreisen im Verhältnis zum Preisindex der ausländischen Tourismuskonsumfrage im Inland. — ²⁾ 1991/1994.

Indikatoren der Konjunktorentwicklung *Übersicht 1* I. Quartal 1995

	Produktionsindex		Übernach- tungen	Bau- umsätze	Einzelhan- delsumsätze Ø 1973 = 100
	Industrie insgesamt	Energiever- sorgung			
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Wien	+ 4,5	+ 16,4	+ 8,2	- 0,3	- 1,6
Niederösterreich	+ 4,1	+ 3,4	- 0,6	+ 6,1	+ 2,4
Burgenland	+ 4,3	+ 6,1	+ 1,5	- 18,8	- 9,6
Steiermark	+ 10,8	+ 28,6	- 4,9	- 12,4	+ 0,2
Kärnten	+ 3,4	- 3,9	- 6,0	- 20,9	- 1,4
Oberösterreich	+ 9,9	- 2,1	- 5,3	+ 6,8	+ 1,9
Salzburg	- 0,3	- 14,3	- 6,9	- 0,9	- 3,6
Tirol	+ 10,5	+ 4,2	- 7,9	+ 3,1	- 0,1
Vorarlberg	+ 9,6	- 9,3	- 8,3	+ 2,3	+ 6,2
Österreich	+ 6,5	+ 4,9	- 6,6	- 0,8	+ 0,0

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

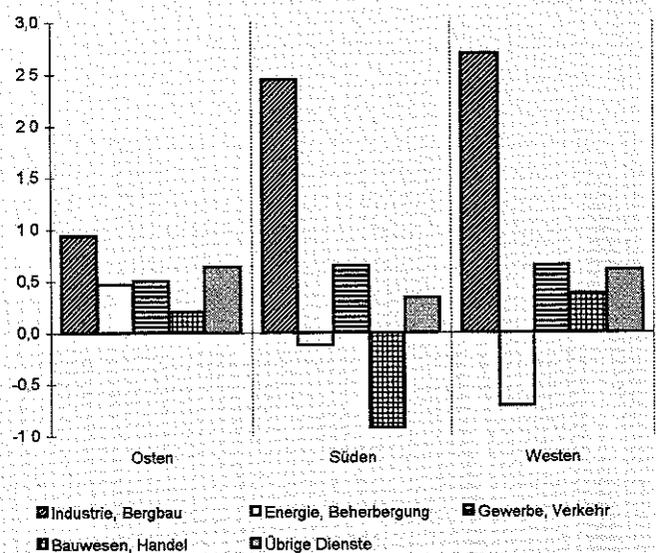
lung der Bauwirtschaft oder des Einzelhandels. Die Abschwächung der Baunachfrage ging zu Jahresbeginn in einen leichten Rückgang der Bauproduktion über. Angesichts der Budgetprobleme öffentlicher Haushalte wurde der Tiefbau eingeschränkt, und die Privatwirtschaft investierte nur zögernd in Bauten. Von Wohnbauprogrammen einzelner Bundesländer gefördert, verlagerten sich die Bauleistungen stärker zu Wohnbauten und Adaptierungen. Durch die Spaltung nach Bausparten verlief die Baukonjunktur regional sehr unterschiedlich: Die Bauumsätze nahmen real im Süden und Osten Österreichs ab. In Tirol, Salzburg, Kärnten, Wien und dem Burgenland gingen auch im Einzelhandel die Umsatzerlöse zurück: Wechselkursverschiebungen sind seit dem EU-Beitritt Österreichs der Anlaß für verstärkte Kaufkraftabflüsse ins benachbarte Ausland; weitere Umsätze entfielen durch das Fernbleiben von Wintersportgästen. Von diesen Ausnahmen abgesehen, gingen in den meisten Bundesländern von der expansiven Industrie Impulse auf die lokalen und regionalen Märkte von Gewerbe und Dienstleistungen (insbesondere in der Transportwirtschaft) aus. Wirtschaftsnahe und öffentliche Dienste entwickelten sich regional sehr ausgeglichen, und zwar mit einer etwas schwächeren Dynamik als die Gesamtwirtschaft.

Unterschiedliche Wachstumskräfte in Großregionen

In diesem Konjunkturaufschwung erreichte der Westen Österreichs bisher die größte Dynamik unter den österreichischen Großregionen (NUTS-I-Regionen). Im I. Quartal 1995 erzielte die Wirtschaft dieser Bundesländer gegenüber dem Österreich-Durchschnitt einen Vorsprung von 0,5 Prozentpunkten; in der Ostregion blieb sie um 0,1 und im Süden um 0,8 Prozentpunkte zurück.

Die Exportkonjunktur stimulierte die Konjunktur jener Bundesländer, die mit dem Wirtschaftsraum der EU am engsten verflochten sind. Die Lieferbeziehungen des Westens, die durch die geographische Nähe zu den wichtigsten westlichen Handelspartnern erleichtert wurden, basieren mittlerweile großteils auf unternehmensspezifischen Wettbewerbsvorteilen. Im I. Quartal 1995 stützte sich die Wirt-

Komponenten des Wirtschaftswachstums *Abbildung 2* I. Quartal 1995



Beitrag zum Wachstum der Brutto-Wertschöpfung in Prozentpunkten.

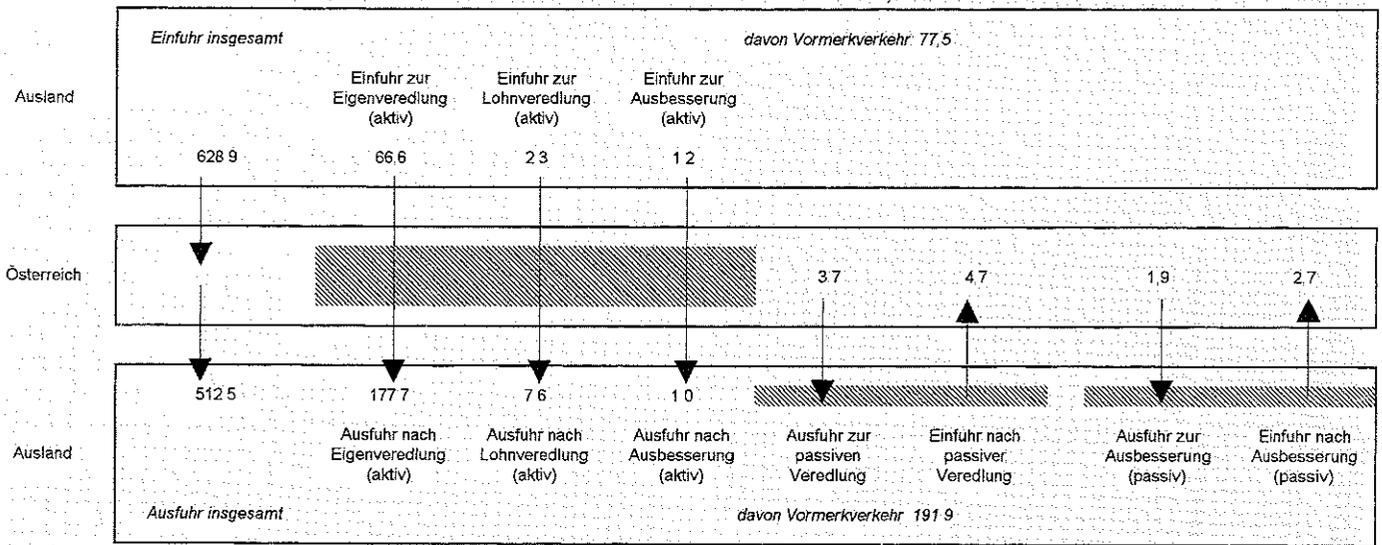
schaft hier auf ein Produktionswachstum der Industrie von etwa 10%. Vorwiegend auf dem Inlandmarkt engagierte Wirtschaftsbereiche kräftigten die Industriekonjunktur zusätzlich. Das Wachstum wurde jedoch durch Produktionsausfälle in der Energiewirtschaft und eine schlechte Auslastung der Hotelkapazitäten um 0,7 Prozentpunkte gebremst.

In der Ostregion blieb das Wachstum geringfügig unter dem Österreich-Durchschnitt, verlief aber einigermaßen stationär. Es hat sich im Konjunkturaufschwung kaum beschleunigt, weil einander die gegenläufigen Kräfte der neuen geopolitischen Rahmenbedingungen im Osten weitgehend neutralisierten. Die Industrie weitete ihren Export nach Ost-Mitteleuropa erheblich aus, andererseits verstärkte sich durch die Transformation der östlichen Nachbarländer der Abwanderungsdruck auf Billiglohnbranchen. Die gegenläufigen, regional insgesamt geringeren Wirkungen der EU-Integration konzentrieren sich ebenfalls auf die Sachgüterproduktion der Ostregion. Einerseits nimmt die bislang stärker binnenorientierte Zulieferindustrie des Ostens neue Kontraktmöglichkeiten mit Partnern aus dem westlichen Ausland wahr. Andererseits sind im EWR bzw. nach dem Beitritt zur EU Betriebe der Ostregion, die sich am großen Wiener Markt orientierten, vom erhöhten Druck der Importkonkurrenz überproportional betroffen. Im I. Quartal 1995 hatte die Konjunktur des Ostens eine breite und nach Wirtschaftsbereichen relativ ausgeglichene Basis — nicht zuletzt, weil die Industrie nicht die hohe Dynamik wie in anderen Großregionen entfaltete. Die gute Entwicklung von Energiewirtschaft und Tourismus reichte nicht aus, um die Wachstumsschwäche der Industrie zu kompensieren. Unter der Annahme unveränderter Wachstumsraten für die beiden dynamischen, ressourcennahen Wirtschaftsbereiche wäre die Wirtschaft der Ostregion nur bei einer zusätzlichen Ausweitung der Industrieproduktion um 2 Prozentpunkte (Wachstum der Industrieproduktion 4,7%) entsprechend dem Österreich-

Der Vormerkverkehr im österreichischen Außenhandel 1994

Abbildung 1

Mrd S



Bearbeitung bezeichnet, und zwar ohne Rücksicht auf die Eigentumsbeziehung zwischen den beteiligten Unternehmen. Aus der Unternehmensperspektive gilt als „Auslandsverarbeitung“ (Outward Processing) die Lohnveredelung durch rechtlich selbständige Unternehmen (Verarbeitung in verbundenen Unternehmen im Ausland wird als Intra-Firmenhandel bezeichnet). Anders als der passive Veredelungsverkehr schließt die Auslandsverarbeitung auch Produktionsvorgänge ein, deren Output auf dem Heimatmarkt des Bearbeitungslandes abgesetzt oder direkt in Drittstaaten exportiert wird³⁾

veredelung sowie zur aktiven und passiven Ausbesserung vorgesehen

Im aktiven Vormerkverkehr erfolgt die Verarbeitung im Inland, statistisch werden der Wert der ausländischen Ware für die Einfuhr und der Wert der Ausfuhr einschließlich der österreichischen Wertschöpfung erfaßt. Im passiven Veredelungsverkehr wird eine österreichische Ware im Ausland be- oder verarbeitet und das Endprodukt wieder nach Österreich eingeführt. Für die Wiedereinfuhr kann eine teilweise oder vollständige Befreiung von den Eingangsabgaben genehmigt werden. Die Statistik registriert den Wert der Ausfuhr und der Wiedereinfuhr einschließlich der ausländischen Wertschöpfung

Vormerkverkehr und PVV im österreichischen Zollrecht

Der PVV ist im österreichischen Zollrecht eines von mehreren Verfahren des „Vormerkverkehrs“. Neben dem PVV ist Vormerkverkehr zur aktiven Eigenveredelung, zur Lohn-

Die Importe und Exporte im Vormerkverkehr sind Teil der Außenhandelsstatistik, sie werden aber darüber hinaus gesondert ausgewiesen. Der Einfuhrwert aus dem gesamten Vormerkverkehr betrug 1994 77,5 Mrd S (12% des Gesamtimports), der Ausfuhrwert 192 Mrd S (37% des Gesamtexports; Abbildung 1). Die mit Abstand wichtigste Vormerkart war jene zur Eigenveredelung (siehe Kasten „Aktiver Vormerkverkehr“)

Passiver Veredelungsverkehr und „Outward Processing“ im Vergleich

Übersicht 1

	Passiver Veredelungsverkehr Zollverfahren, Handelspolitik	Outward Processing Unternehmensstrategie
Beziehung zwischen den Unternehmen in Österreich und im Bearbeitungsland		
Verbundenes Unternehmen	Ja	Nein ¹⁾
Nicht verbundenes Unternehmen	Ja	Ja
Verwendung der Ware nach Auslandsbearbeitung		
Rückbringung nach Österreich	Ja	Ja
Verwendung im Bearbeitungsland oder direkter Export in ein Drittland	Nein	Ja

¹⁾ Intra-Firmen-Handel

Eine durch den PVV erleichterte Auslandsverarbeitung galt bis Ende der achtziger Jahre großteils handelspolitisch als unerwünscht, sofern der Produktionsvorgang im Inland durchgeführt werden konnte. Der (bewilligungspflichtige) PVV wurde daher in der Regel nur dann genehmigt, wenn die Bearbeitung im Inland technisch nicht möglich war. Entsprechend gering war der Umfang des PVV. Der Verzollung unterlag die (ausländische) Wertsteigerung („wesentliche Zutaten“), wobei eine Zollermäßigung möglich war.

In den achtziger Jahren haben sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und damit auch die österreichische Interessenslage geändert. Dazu trugen mehrere

³⁾ Die Auslandsverarbeitung wird mitunter auch als eine Unterkategorie von Gegengeschäften (countertrade) verstanden (Naujoks — Schmidt, 1994, sowie die dort angeführte Literatur). Mit den Motiven und der Konstruktion der „klassischen“ Gegengeschäfte hat allerdings das Outward Processing nur wenig gemeinsam (vgl. hierzu auch Stankovsky 1986).

Langfristige Kursentwicklung der im WIFO-Wechselkursindex des Schillings vertretenen Währungen

Übersicht 1

	Gesamtgewicht im Wechselkursindex 1992 In %	Devisenmittelkurs		Bilaterale Schillingauf- (+) bzw. -abwertung (-) In %
		1979 Jahresdurchschnitt S je 100 ausländische Währungseinheiten	1994	
Deutsche Mark	47 512	729 349	703 524	+ 37
Italienische Lira	10 555	1 610	0 708	+ 127,4
US-Dollar	8 376	13 367 ¹⁾	11 422 ¹⁾	+ 17,0
Französischer Franc	5 702	314 296	205 731	+ 52,8
Schweizer Franken	4 698	803 948	835 167	- 3,7
Britisches Pfund	4 387	28 354 ¹⁾	17 471 ¹⁾	+ 62,3
Holländischer Gulden	3 661	666 507	627 521	+ 6,2
Japanischer Yen	3 107	6 143	11 171	- 45,0
Belgischer Franc	2 769	45 647	34 156	+ 33,6
Spanische Peseta	1 947	19 940	8 524	+ 133,9
Schwedische Krone	1 735	311 964	148 003	+ 110,8
Griechische Drachme	1 011	35 928	4 717	+ 661,7
Dänische Krone	0 851	254 305	179 573	+ 41,6
Türkische Lira	0 842	381 942 ²⁾	0 404 ²⁾	+ 94 440,1
Finnische Mark	0 625	343 681	219 011	+ 57,0
Kanadischer Dollar	0 559	11 413 ¹⁾	8 369 ¹⁾	+ 36,4
Portugiesischer Escudo	0 487	27 393	6 880	+ 298,2
Norwegische Krone	0 419	263 979	161 721	+ 63,2
Australischer Dollar	0 378	14 789 ¹⁾	8 347 ¹⁾	+ 77,2
Irisheses Punt	0 290	27 228 ¹⁾	17 072 ¹⁾	+ 59,5
Neuseeländischer Dollar	0 076	13 517 ¹⁾	6 780 ¹⁾	+ 99,4
Isländische Krone	0 014	3 755 ¹⁾	0 163 ¹⁾	+ 2 203,7

¹⁾ S je ausländische Währungseinheit — ²⁾ S je 1 000 türkische Lira

allein auf die Jahre 1979 bis 1981 zurück, als der Übergang zur Hartwährungspolitik durch eine autonome Aufwertung des Schillings um 1,5% Anfang September 1979 unterstrichen wurde. In der Folge sank der Kurs der DM von einem Höchstwert über 735 S bis Ende 1981 auf das seither stabile Niveau von knapp über 700 S

Von den 22 erfaßten OECD-Währungen²⁾ zeigen neben den Hartwährungspartnern DM und holländischer Gulden nur der US-Dollar, der kanadische Dollar und der Schweizer Franken keinen langfristig eindeutigen Wechselkurs-trend gegenüber dem Schilling. Der Kurs des Dollars lag Anfang der achtziger Jahre bei rund 13 S; bis Mitte des Jahrzehnts stieg die Notierung dann im Jahresdurchschnitt auf über 20 S, im Monatsmittel sogar auf über 23 S. Seit diesem Höchststand hat der Dollar mehr als die Hälfte seines Wertes verloren und notiert im Sommer 1995 unter 10 S. Diese Schwächephase des Dollars erscheint durch die neuerlichen Kursverluste im Jahr 1995 besonders ausgeprägt; sie hält aber insgesamt schon mehr als 5 Jahre an. Im Jahresdurchschnitt bewegte sich der Devisenmittelkurs des Dollars bereits von 1990 bis 1994 in der engen Bandbreite zwischen 11,7 S und knapp unter 11 S

Während der kanadische Dollar der Wechselkursentwicklung des US-Dollars weitgehend folgte, stieg der Kurs des Schweizer Franken zunächst parallel zum Dollar bis 1983 auf über 850 S und verharrte bis 1988 etwa auf diesem hohen Niveau. In der Folge gab er bis 1993 auf rund 780 S nach, in den zwei Jahren seither hat er diesen Kursverlust wieder ganz wettgemacht. Abgesehen von einer kurzen

Schwächephase in den Jahren 1990 bis 1992 hat der japanische Yen als einzige Währung langfristig gegenüber dem Schilling kontinuierlich an Wert gewonnen. Verglichen mit einem Tiefststand von 5,75 S im Jahr 1980 notiert er heute — trotz der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit in Japan — über 11 S. Bemerkenswert sind schließlich die langfristigen Unterschiede in der Kursentwicklung des belgischen und des französischen Franc. Nachdem beide Währungen in der ersten Hälfte der achtziger Jahre noch erhebliche Kursverluste verzeichneten, zählen sie heute zum Kern der stabilsten EWS-Währungen. Der Schillingkurs des belgischen Franc ist seit 1984 nahezu unverändert, der des Französischen Franc immerhin seit 1988

Bilaterale versus effektive Wechselkurse

Das Ausmaß bilateraler Kursbewegungen zeichnet aber nur ein sehr eingeschränktes Bild der Wechselkurseffekte. Lediglich für ein hypothetisches österreichisches Unternehmen, das ausschließlich nach Italien exportiert, dort auf keine Konkurrenten aus anderen Ländern trifft und auch keinerlei Vorprodukte aus anderen Ländern bezieht, ließe sich die wechselkursbedingte Belastung seiner preislichen Konkurrenzfähigkeit im Export direkt anhand der Kursveränderung des Schillings gegenüber der italienischen Lira messen. Schon im viel realistischeren Fall eines einzelnen Unternehmens, das in mehrere Länder exportiert und dort Konkurrenten aus anderen Ländern gegenübersteht und das Produktionsinput importiert, beeinflussen gleichzeitig mehrere Wechselkurse die preisliche Konkurrenzfähigkeit.

Aus makroökonomischer Sicht interessiert der Gesamteffekt aller Wechselkursveränderungen auf die österreichische Volkswirtschaft. Anders als im Fixkurssystem von Bretton Woods ist die Wechselkursveränderung gegenüber einer Währung — damals gegenüber der Leitwährung Dollar — heute nicht mehr gleichbedeutend mit gleichgerichteten Auf- und Abwertungen gegenüber allen anderen am System teilnehmenden Währungen. Bei weitgehend flexiblen Wechselkursen ergeben sich vielmehr zugleich bilaterale Aufwertungen gegenüber einzelnen Währungen und bilaterale Abwertungen gegenüber anderen. Außerdem sind gleich große Wechselkursbewegungen einzelner Währungen makroökonomisch unterschiedlich wichtig: Eine Abwertung der italienischen Lira um 10% betrifft die österreichische Volkswirtschaft stärker als eine gleich große der isländischen Krone. Der Gesamteffekt dieser Einflußfaktoren auf den Außenwert einer Währung — und damit auf die wechselkursbedingte Veränderung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft — ist nicht mehr offensichtlich.

Dieser Gesamteffekt wird empirisch durch effektive Wechselkursindizes erfaßt. Vereinfacht ausgedrückt mißt der effektive Wechselkursindex einer Währung ihre Kaufkraft in

²⁾ Nicht berücksichtigt ist aufgrund seiner geringen Bedeutung im österreichischen Außenhandel das jüngste OECD-Mitgliedsland Mexiko. Belgien und Luxemburg verfügen als Währungsunion über eine gemeinsame Währung mit identischer Wechselkursentwicklung

Industrie

	1992	1993	1994	1995					1995		August
				IV Qu	I Qu	II Qu	Mai	Juni	Juli		
Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Vorleistungen	- 01	- 25	+ 69	+11,8	+ 95	+ 99	+ 6,8	+11,4	+10,2		
Für die Nahrungs- und Genußmittelbranchen	+ 07	- 08	+ 61	- 07	+ 01	+ 22	- 5,8	+ 8,3	- 2,4		
Für die Textil- und Lederbranchen	+ 04	- 75	+ 05	+ 10	+ 37	+ 24	- 1,9	+ 2,3	+ 9,8		
Für die Holz- und Papierbranchen sowie Druckereien	+ 28	- 08	+10,9	+15,0	+ 7,7	+ 3,3	+ 1,4	+ 5,0	+ 1,8		
Für die Chemie	+ 00	- 42	+ 52	+ 9,9	+ 9,4	+ 1,2	- 6,6	+10,6	+11,3		
Für die Stein- und Glaswarenproduktion	- 73	- 49	+ 9,8	+ 3,2	+ 4,6	+18,9	+ 9,7	+18,3	- 3,7		
Für die Grundmetallverarbeitung	- 73	- 25	+ 4,8	+ 5,5	+10,9	+21,1	+18,1	+21,9	+21,9		
Für die Technische Verarbeitung	- 07	- 46	+ 8,4	+17,7	+16,1	+14,6	+14,4	+14,3	+12,6		
Für die Bauwirtschaft	+ 11	+ 10	+ 9,1	+18,1	+14,0	+ 8,3	+ 4,0	+ 9,1	+10,5		
Für sonstige Wirtschaftsbereiche	+ 19	+ 06	+ 2,9	+ 2,9	- 2,6	+ 8,4	+ 4,6	+10,4	+ 7,0		
Ausrüstungsinvestitionen	- 26	- 47	+ 3,3	+ 8,1	+ 6,2	+16,0	+ 7,4	+18,5	+20,7		
Fahrzeuge	-13,0	-14,3	-12,4	-28,8	+ 5,1	+45,5	+36,7	+45,9	+51,5		
Maschinen und Elektrogeräte	- 38	- 35	+ 5,8	+13,5	+ 7,9	+17,3	+ 6,6	+21,4	+24,5		
Sonstige	+ 6,1	- 4,1	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,7	+ 4,4	+ 1,0	+ 2,9	+ 2,5		
Konsumgüter	- 2,1	- 1,1	+ 1,7	+ 3,0	+ 0,8	- 0,3	- 0,5	- 0,4	+ 2,8		
Verbrauchsgüter	+ 0,4	+ 0,3	+ 2,5	+ 2,9	- 1,6	- 1,5	- 1,5	- 1,5	+ 1,2		
Kurzlebige Gebrauchsgüter	- 5,5	-11,0	- 4,2	- 1,5	- 2,5	- 3,5	- 4,9	- 3,5	- 2,6		
Langlebige Gebrauchsgüter	- 2,8	+ 7,9	+ 5,8	+ 7,1	+ 8,4	+ 4,7	+ 5,7	+ 4,2	+11,1		
Industrie insgesamt (ohne Energieversorgung)	- 1,1	- 2,5	+ 5,0	+ 8,6	+ 6,9	+ 8,8	+ 5,4	+10,1	+10,5		
Nicht arbeitstäglich bereinigt	- 0,7	- 2,6	+ 5,5	+ 8,6	+ 8,3	+ 7,0	+10,4	+ 4,9	+10,8		
Teilweise arbeitstäglich bereinigt (7:3)	- 1,0	- 2,5	+ 5,1	+ 8,6	+ 7,3	+ 8,2	+ 6,9	+ 8,5	+10,6		
Produktivität pro Kopf	+ 2,5	+ 4,3	+ 8,9	+10,2	+ 7,6	+ 9,2	+ 5,7	+10,7			
Produktivität pro Stunde	+ 4,2	+ 6,1	+ 8,6	+ 9,7	+ 6,8	+ 8,8	+ 7,7	+ 9,6			
Auftragseingänge (ohne Maschinenindustrie)	+ 0,3	- 2,5	+17,8	+27,1	+14,1	- 3,7	- 5,8	- 3,7	+ 0,9		
Auftragsbestände (ohne Maschinenindustrie)	- 1,3	- 2,4	+ 9,8	+12,3	+16,2	+ 8,1	+ 8,0	+ 4,5	+ 5,2		

Bauwirtschaft

	1992	1993	1994	1995					1995		August
				IV Qu	I Qu	II Qu	Mai	Juni	Juli		
Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Produktionswert (nominal)	+ 7,7	+ 1,7	+ 7,3	+ 7,2	-0,8	+2,5	+ 7,8	+0,2	+3,0		
Hochbau	+10,4	+ 1,0	+ 6,8	+ 7,5	+0,8	+6,6	+13,6	+3,9	+5,7		
Tiefbau	+ 0,0	+ 3,7	+ 5,8	+ 4,8	-5,4	-1,0	+ 3,6	-3,6	+1,2		
Beschäftigte	+ 4,8	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,3	-2,7	-2,8	- 2,0	-2,7	-2,3		
Hochbau	+ 4,8	- 1,4	+ 1,2	+ 0,0	-3,1	-0,5	+ 0,7	-1,5	-0,5		
Tiefbau	- 0,6	+ 7,2	- 1,3	- 2,1	-2,6	-3,1	- 2,5	-3,1	-1,7		
Auftragsbestände	+ 3,4	+13,2	+ 7,6	+ 9,6	+0,7	-3,7					
innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten	+ 7,1	+10,4	+10,0	+11,3	-0,4	-1,4					
Preisindex Hochbau	+ 3,7	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,2	+2,8	+2,5					
Wohnbau	+ 4,5	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,0	+2,9	+2,3					
Preisindex Tiefbau	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,3	+2,2	+2,6					
Straßenbau	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,8	+2,1	+3,2					

Energiewirtschaft

	1992	1993	1994	1995					1995		August
				IV Qu	I Qu	II Qu	Mai	Juni	Juli		
Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Förderung	+ 4,3	+ 3,0	- 5,3	-12,5							
Kohle	-14,9	- 4,5	-17,8	-15,4							
Erdöl	- 7,2	- 2,1	- 4,8	- 5,3	- 5,7	-6,4	- 6,9	- 5,4			
Erdgas	+ 8,1	+ 3,3	- 8,7	- 3,0	+15,1	+8,4	+ 1,1	+18,6			
Stromerzeugung	- 0,6	+ 2,9	+ 1,5	- 1,1	+ 4,6	+2,5	+ 0,1	+ 3,2			
Wasserkraft	+10,2	+ 5,4	- 3,0	-17,9	- 6,4	+ 1,3	- 1,7	+ 4,1			
Wärmeleistung	-19,5	- 2,9	+13,0	+31,0	+22,6	+9,2	+12,7	- 2,4			
Verbrauch	- 3,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1							
Kohle	-22,1	-13,0	+ 2,1	+16,9							
Erdöl Mineralölprodukte	- 1,2	+ 1,6	+ 0,2	- 4,2							
Treibstoffe	+ 0,2	- 1,7	+ 4,3	+ 3,7							
Normalbenzin	- 2,2	- 7,1	- 0,5	- 2,5							
Superbenzin	- 5,3	- 2,5	- 1,5	- 4,3							
Dieselkraftstoff	+ 5,4	+ 0,8	+ 9,8	+10,7							
Heizöle	-11,2	+ 9,0	- 8,1	-13,6							
Gasöl für Heizzwecke	- 7,3	+10,2	- 3,1	- 2,2							
Sonstige Heizöle	-13,8	+ 8,1	-11,9	-19,8							
Erdgas	- 2,0	+ 5,2	+ 2,8	+ 8,4							
Elektrischer Strom	- 1,0	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,7	+ 5,0	+2,5	+ 3,6	+ 2,2			

hende „Informationsgesellschaft“ ist in allen Industrieländern Anlaß massiver Anstrengungen, die neuen Möglichkeiten zu nutzen: Mit dem Plan zur Errichtung eines „Data Super Highway“ wurde der Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur in den USA bereits zu einem politisch sehr prominenten Thema. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Telekommunikation hebt auch das Weißbuch der EU-Kommission über „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung – Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert“ deutlich hervor, das zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas die Schaffung eines „Gemeinsamen Informationsraumes“ fordert (siehe auch Kasten „Telekommunikationspolitik in der EU“). Im Rahmen der G 7 gibt es ebenfalls Anstrengungen, innovative Telekommunikationsprojekte umzusetzen.

Das große Interesse am Telekommunikationssektor ist verständlich, wenn man das (etwa in den Langfristszenarien von Analysis oder Arthur D. Little ermittelte) mögliche Marktwachstum berücksichtigt: Unter günstigen regulatorischen Rahmenbedingungen kann der Markt bis zum Jahr 2010 rasant expandieren, der Umsatz des Sektors könnte sich real vervierfachen. Damit wird dieser Bereich zu einem der bedeutendsten Wirtschaftszweige.

Der vorliegende Beitrag befaßt sich vor allem mit den ökonomischen Hintergründen der Liberalisierung im Telekommunikationssektor. Viele Aspekte dieses Themas können hier nur gestreift werden: die Telekommunikationspolitik der EU und anderer — bereits liberalisierter — Länder, die institutionelle Ausgestaltung des Sektors, die Auswirkungen von regulativen Eingriffen, die Entwicklungstendenzen der Produzenten von Ausrüstungsgütern, technologische Entwicklungen usw. Für Österreich behandeln *Leo et al.* (1994) diese Themen näher

Ökonomische Hintergründe der Diskussion um Regulierung und Liberalisierung

Staatliche Eingriffe werden immer dann als notwendig erachtet, wenn es gilt, Marktversagen zu beheben. Marktversagen kann zurückzuführen sein auf mangelnden Wettbewerb (durch — natürliche — Monopole, kollusives Verhalten in Oligopolen), Externalitäten, das Vorliegen öffentlicher Güter oder unvollkommene bzw. asymmetrische Informationen. Im Telekommunikationssektor wird die Monopolstellung einzelner Anbieter — obwohl sich aus historischer Sicht andere Motive ergeben — mit einem natürlichen Monopol begründet.

Probleme natürlicher Monopole

Ein natürliches Monopol ist dann gegeben, wenn ein Monopolunternehmen die Produkte oder Dienstleistungen billiger erstellen kann als unter Konkurrenzbedingungen. In einem natürlichen Monopol weist der Monopolist über den gesamten Produktionsbereich fallende Grenz- und Durchschnittskosten auf, weil er durchwegs Economies of Scale nutzen kann. Daraus folgt, daß die Produktionskosten für

Telekommunikationspolitik in der EU

Die EU übernimmt seit Mitte der achtziger Jahre eine aktive Rolle in der Telekommunikationspolitik. Die Strategie zielt dabei vor allem auf die *Schaffung eines gesamteuropäischen Telekommunikationsmarktes*, die *Harmonisierung* der rechtlichen Bestimmungen in den Mitgliedstaaten und die verstärkte *Liberalisierung* des Sektors ab und ist auch als Reaktion auf internationale Veränderungen zu sehen (Liberalisierung in den USA und in Japan).

Die Politik der EU entwickelte sich von reinen Technologieprogrammen hin zu Maßnahmen, welche sowohl die Technologie- als auch die Regulierungsseite betreffen. Im wesentlichen wurden drei Stufen durchlaufen: Die erste Phase umfaßte die Genehmigung des ersten Rahmenprogramms, welches die Entwicklung des Telekommunikationssektors in den Bereichen ISDN, digitale Mobilkommunikation, Breitbandkommunikation, Ausarbeitung von gemeinsamen Normen, Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten beeinflussen sollte. Die zweite Phase leitete die Genehmigung des Grünbuchs im Jahre 1988 ein. Dabei wurde die Gemeinschaftspolitik auf regulierungspolitische Aspekte und die Öffnung dieses Bereichs für den Wettbewerb ausgedehnt. Überdies wurden die Maßnahmen zur Stimulierung der Technologieentwicklung durch die Programme RACE und STAR sowie durch die paneuropäische Normung (Gründung des europäischen Instituts für Telekommunikationsnormen ETSI im Jahr 1988) ergänzt. Die dritte Phase begann mit der Vorlage des Berichts über die Lage im Bereich der Telekommunikationsdienste im Jahre 1992, in welchem alle Beteiligten Leitlinien für die Telekommunikation bis zum Jahr 2000 entwarfen. Im Juni 1993 beschlossen die EU-Länder die *Liberalisierung des öffentlichen Sprachtelefondienstes*, 1994 auch des *Infrastrukturbereiches* bis zum Jahr 1998.

mehrere konkurrierende Anbieter jeweils höher wären als für den Monopolisten und daß daher ein einziger Anbieter aus volkswirtschaftlicher Sicht vorzuziehen ist. Allerdings hat ein „natürliches“ wie alle anderen Monopole folgende Nachteile:

- 1 *Eingeschränkte Produktion*: Monopolisten tendieren dazu, den Preis ihrer Produkte durch ein geringes Produktionsvolumen in die Höhe zu treiben. Das Preissetzungsverhalten bedeutet, daß von diesen Produkten weniger produziert wird, als volkswirtschaftlich wünschenswert wäre, und resultiert in einem Transfer von Ressourcen („Kaufkraft“) von den Konsumenten zum Monopolisten. Ein geringeres Produktionsvolumen bedingt jedoch auch eine geringere Ausnutzung der Ressourcen einer Volkswirtschaft.
- 2 *Geringe Effizienz des Managements*: Unternehmen, welche mangels Konkurrenz hohe Gewinne erzielen, haben nur wenig Anreiz, die Kosten so gering wie möglich zu halten, und tolerieren daher in vielen Fällen Ineffizienzen. Überdies ist es ausgesprochen schwierig — da es kaum Vergleichsmöglichkeiten gibt —, zu bestimmen, ob ein Monopolist effizient produziert.
- 3 *Forschung und Entwicklung*: Wettbewerb motiviert Unternehmen zur Innovation von Produkten und Prozessen. In einem Monopol sind die Anreize, in Forschung und Entwicklung zu investieren und ohnehin gewinnbringende Produkte und Prozesse durch neue zu ersetzen, gering.

Streikminuten je unselbständig Beschäftigten

Übersicht 2

	Österreich	Belgien	BRD	Dänemark	Finnland	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Norwegen	Schweden	Schweiz	Spanien	Japan	Kanada	USA
1965	31,0	12,0	1,0	68,5	5,0	32,0	59,5	277,0	7,5	4,0	0,5	0,0	12,5	94,5	196,0	184,0
1966	14,5	90,0	0,5	4,0	38,0	82,0	48,5	579,5	1,5	2,0	51,5	0,0	12,0	44,0	407,5	190,5
1967	3,5	31,0	9,0	3,0	99,5	135,0	57,5	336,0	1,0	2,0	0,0	0,5	15,0	28,5	300,5	307,0
1968	1,5	62,0	0,5	10,0	88,5)	97,5	358,5	2,0	5,5	0,0	0,5	15,0	43,5	376,0	346,5
1969	4,0	27,0	5,5	15,0	49,0	68,0	142,5	1.445,5	3,0	9,0	16,0	0,0	34,5	54,5	553,5	293,0
1970	5,0	231,0	2,0	26,0	69,5	53,0	230,0	782,5	33,0	18,5	21,5	0,5	65,5	57,0	459,0	451,5
1971	0,5	196,5	98,5	5,5	799,5	130,5	294,0	555,5	12,0	3,5	116,0	1,5	51,5	85,0	195,5	323,5
1972	3,0	56,0	1,5	5,5	136,5	110,0	519,0	731,5	17,0	4,5	1,5	0,5	34,0	71,5	509,0	176,5
1973	33,5	135,0	12,5	963,5	689,0	112,0	152,0	861,5	73,0	4,0	1,5	—	63,0	61,5	357,0	176,0
1974	1,5	88,0	23,0	46,0	115,0	95,0	311,0	695,5	1,0	109,0	7,5	0,5	97,0	128,5	534,5	294,0
Ø 1985/1974	9,8	92,9	15,4	114,7	208,9	90,8	191,2	862,3	15,1	16,2	21,6	0,4	40,0	66,9	388,9	274,3
1975	1,0	94,0	1,5	25,0	74,5	110,0	127,0	958,0	0,0	4,0	47,0	0,5	98,0	105,5	620,0	194,5
1976	0,0	139,0	12,5	51,5	325,0	141,0	70,0	877,0	1,5	43,5	3,0	4,0	690,0	42,0	652,0	229,0
1977	0,0	103,0	0,5	55,5	630,0	102,0	215,0	562,0	29,0	7,5	11,0	1,0	915,0	19,5	183,0	208,5
1978	2,0	156,0	97,5	30,0	35,5	60,5	199,0	343,0	0,5	—	4,5	1,0	653,0	17,0	397,0	205,0
1979	0,0	94,5	11,0	39,5	84,0	100,5	620,0	910,0	37,0	2,0	3,5	0,5	1.098,0	11,5	404,0	186,5
1980	3,0	33,0	3,0	42,0	416,5	46,0	251,0	541,0	7,0	16,5	555,5	1,0	378,0	12,0	454,5	176,0
1981	0,5	—	1,0	149,0	163,0	41,0	96,0	342,0	3,0	8,0	26,0	0,0	324,0	7,0	433,0	130,0
1982	0,0	—	0,0	22,0	51,0	64,0	118,0	606,0	24,0	80,0	0,0	0,0	175,0	6,0	282,0	49,0
1983	0,0	—	1,0	19,0	173,0	36,0	85,5	468,0	13,0	2,0	5,0	1,0	279,0	6,0	222,0	92,0
1984	0,0	—	125,0	30,0	362,0	36,0	613,0	293,0	3,0	29,0	4,0	0,0	419,0	4,0	189,0	43,0
1985	4,0	—	1,0	507,0	40,5	20,0	143,0	128,0	10,0	18,0	61,0	0,0	213,0	3,0	148,0	35,0
1986	1,0	—	0,0	19,0	649,0	15,0	43,0	182,0	4,0	271,0	82,0	0,0	144,0	3,0	327,0	57,0
1987	1,4	—	0,7	28,4	30,8	15,0	78,0	152,9	6,1	3,4	1,8	—	308,9	2,8	108,1	20,9
1988	1,5	—	0,8	19,6	42,1	29,3	79,8	94,7	0,8	21,6	95,6	0,1	683,0	1,8	147,4	19,9
1989	0,5	—	2,0	11,0	46,8	21,0	87,4	126,2	2,1	4,6	48,5	0,0	203,0	2,2	92,4	73,2
1990	1,5	—	7,0	20,1	214,0	13,2	39,9	143,8	17,9	37,9	91,6	0,8	135,8	1,4	148,8	26,0
1991	9,3	—	2,9	14,4	110,6	12,4	16,4	82,0	8,1	0,7	2,6	0,0	233,3	0,9	62,7	20,7
1992	3,7	—	28,9	13,0	19,9	9,0	11,6	75,7	7,0	99,6	3,6	0,1	336,6	2,2	50,0	17,9
1993	2,0	—	11,3	23,5	4,8	12,8	14,5	—	3,7	9,2	25,8	—	119,0	—	25,2	17,3
Ø 1975/1993	1,7	103,3	16,2	58,9	181,7	46,6	153,1	382,5	9,4	38,6	56,4	0,6	389,8	13,8	260,3	94,8

Q: Wirtschafts- und Sozialstatistisches Taschenbuch der Arbeiterkammer: -) Statistisch nicht erfaßter Generalstreik im Mai 1968.

hen, daß technische Rückständigkeit keineswegs ausreicht, um ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum zu erzielen. Abramovitz (1986, S. 385) prägte dazu den Begriff „social capability“: Es müssen also die Voraussetzungen dafür gegeben sein, um diesen technischen Vorteil nutzen zu können. Viele Faktoren werden in diesem Zusammenhang genannt, etwa das Ausbildungsniveau, die Organisation der Betriebe, die Außenhandelsintensität, das Funktionieren des Arbeitsmarktes, die Qualität des Managements sowie der materiellen und geistigen Infrastruktur. Unter letzterem werden das Funktionieren der Verwaltung und die Rechtssicherheit verstanden (Stern, 1991).

Nun kann nicht bezweifelt werden, daß das außerordentlich rasche Wachstum der österreichischen Wirtschaft nach 1945 zum erheblichen Teil auf den technischen „Nachholeffekt“ zurückgeht (Seidel, 1995, S. 59). Offensichtlich war die „social capability“ Österreichs hoch entwickelt. Angesichts ihrer oben genannten Bestimmungsgründe stellt sich die Frage, welche Rolle die Sozialpartnerschaft in diesem Zusammenhang spielt. Die Schwierigkeit, diesen Einfluß zu fassen, liegt aber darin, daß er nicht nur sich nicht ohne weiteres quantifizieren läßt — lediglich die in Österreich extrem niedrige Streikhäufigkeit ist direkt dokumentiert —, sondern auch nur sehr beschränkt theoretisch zu untermauern ist.

Ansätze finden sich in der Spieltheorie, weil die Sozialpartnerschaft — oder der Korporatismus, welchem diese zuzuordnen ist — dazu beiträgt, das „Gefangenendilemma“ zu lösen. Dieses besteht — vereinfacht dargestellt — darin, daß zwei Personen oder Institutionen die Möglichkeit offensteht, in Verhandlungen eine kooperative Strategie zu

wählen, die für beide zu einem günstigen Ergebnis führt. Wählt einer der Spieler eine nichtkooperative, dann erzielt er einen hohen „windfall profit“, der andere jedoch einen Nachteil, wobei sich das Gesamtergebnis verringert. Freilich läßt sich eine solche Taktik nicht wiederholen. Stehen zwei Akteure in einer länger andauernden Beziehung, so wird sich eher die kooperative Strategie durchsetzen.

Übertragen auf den konkreten Fall bedeutet die kooperative Strategie auf Arbeitnehmerseite Lohnzurückhaltung, die nichtkooperative exzessive Lohnforderungen, auf Arbeitgeberseite Preiszurückhaltung und exzessive Preiserhöhung. Die Sozialpartnerschaft ermöglicht nun beiden Parteien, die kooperative Position zu wählen, weil sie nicht befürchten müssen, durch die Wahl der nichtkooperativen Lösungsmöglichkeit des Partners benachteiligt zu werden. Niedrige Lohnforderungen und geringe Preiserhöhungen schaffen jedoch viel günstigere Voraussetzungen für das Wirtschaftswachstum. Ähnliches gilt für die Wirkung von Lohnerhöhungen auf Investitionen (Aiginger, 1994, S. 499).

Die Theorie wirtschaftlicher Entscheidungen unter Unsicherheit besagt, daß in der Regel Produktion und Beschäftigung mit steigender Unsicherheit abnehmen. Das System der Sozialpartnerschaft ist offensichtlich geeignet, diese Unsicherheit zu reduzieren. Einmal verhindert es das Entstehen eines politischen Konjunkturzyklus durch an einer Wiederwahl interessierte Parteien, weiters verändern sich die Rahmenbedingungen nicht abrupt, und schließlich fluktuieren Gewinne, Löhne und die Inflationsrate weniger als unter reinen Marktbedingungen.

Auch erweitert die Sozialpartnerschaft die Instrumentenauswahl, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, sie verbes-

dürfte nunmehr abgeschlossen sein, das BIP wuchs im III Quartal wieder mit einer Jahresrate von 4,2%. Alle Nachfrageaggregate, besonders aber Ausrüstungsinvestitionen und Exporte waren an dieser kräftigen Expansion beteiligt. Arbeitsmarkt (Arbeitslosenquote zuletzt 5½%) und Preise (Inflationsrate +2,5%) entwickeln sich weiterhin günstig.

Noch keine Erholung ist dagegen in Japan absehbar. Investitionsneigung der Unternehmen und Konsumentenstimung bleiben trotz der massiven Anstrengungen der Geld- und Fiskalpolitik zur Konjunkturbelebung zurückhaltend. Die im Sommer eingetretene Tendenz zur Tieferbewertung des Yen setzte sich nicht fort, und die internationale Konkurrenzfähigkeit der japanischen Exporte hat sich noch nicht entscheidend verbessert. Die Arbeitslosenquote erreichte mit 3¼% zuletzt ein Rekordniveau.

In Europa fächert sich die Konjunktur weiter auf. In einigen Abwertungsländern wird die kräftige Expansion des BIP (1. Halbjahr Italien +3,5%, Schweden +4,4% real gegenüber dem Vorjahr) primär von Produktionszuwächsen der exportorientierten Industrie getragen. Allerdings bleiben die Beschäftigungszuwächse angesichts der anhaltenden Schwäche der Inlandsnachfrage relativ gering. Der Preis- und Kostenauftrieb hält an, sodaß der wechselkursbedingte Exportvorteil zunehmend gedämpft wird. Die Wechselkurse reagieren auf exogene Einflüsse (Dollarkursentwicklung oder politische Determinanten) sehr volatil und sind tendenziell weiterhin instabil.

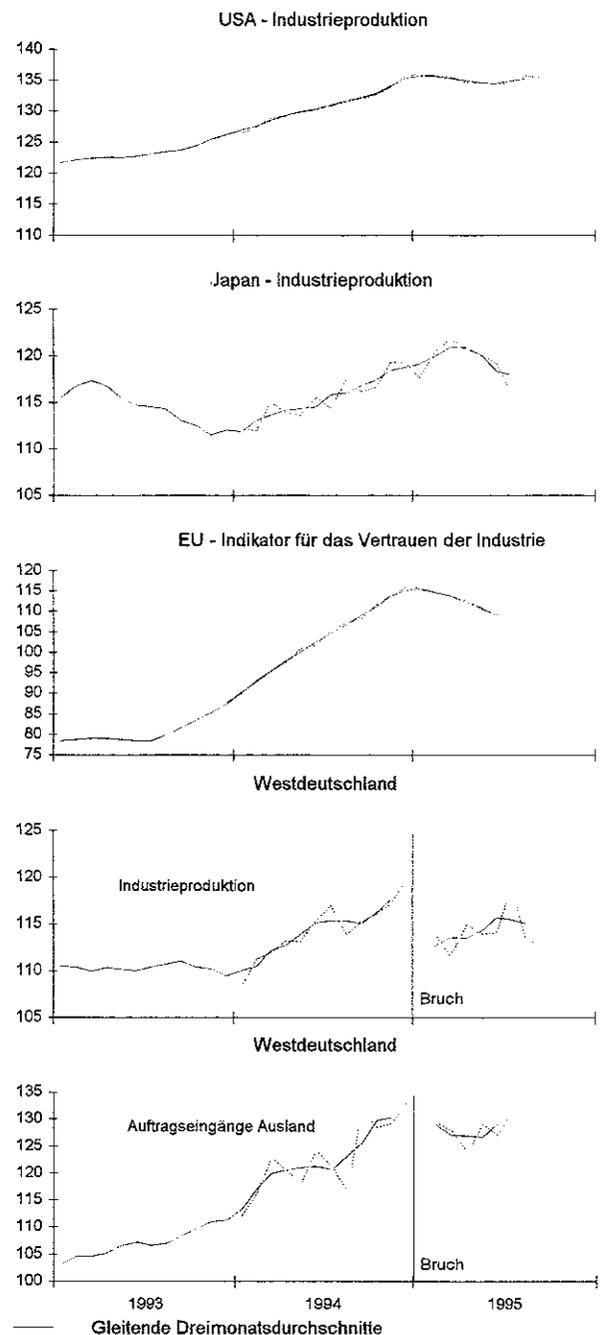
In den Hartwährungsländern expandiert die Wirtschaft schwach, schon im zweiten Jahr des Aufschwungs sind die Raten nur mäßig (1. Halbjahr Deutschland +2½%). Dämpfend wirken die Wechselkursentwicklung, die zum Teil noch immer hohen Zinssätze und die betont restriktive Fiskalpolitik. Besonders die Zeitgleichheit der Budgetkonsolidierungsbemühungen in allen EU-Ländern bremst das Wirtschaftswachstum und erschwert somit indirekt auch wieder die Sanierung der Staatshaushalte. Wegen des flachen Verlaufs des Aufschwungs bleiben die vielfach erwarteten Beschäftigungssteigerungen weitgehend aus.

In der deutschen Industrie hat sich das Produktionswachstum seit Jahresbeginn ebenfalls nicht mehr beschleunigt, im August und September waren saisonbereinigt sogar Rückgänge zu verzeichnen. Die Ergebnisse des Ifo-Konjunkturtests lassen eine Belebung auch für die kommenden Monate nicht erwarten. Relativ günstig verläuft die Entwicklung in der stärker exportorientierten Investitions- und Gebrauchsgütererzeugung. Der Maschinenbau hat die langjährige Krise überwunden, und auch die Automobilindustrie weist deutliche Produktions- und Produktivitätszuwächse aus. Die schwache Binnennachfrage in den europäischen Absatzländern und die anhaltende Aufwertung — seit Jahresbeginn stieg der real-effektive Wechselkurs der DM neuerlich um etwa 3% — dämpfen die Expansion jedoch nachhaltig. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die fiskalpolitisch bedingte Schwäche der Inlandsnachfrage. In Westdeutschland hat die Konjunktur schon in einem frühen Stadium des Aufschwungs an Dynamik verloren. Der Rückgang der Beschäftigung hält an, und die Arbeitslosigkeit stagniert auf hohem Niveau.

Das Stocken des Aufschwungs in Deutschland und die anhaltend schwache Geldmengenentwicklung lassen dar-

Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1985 = 100



auf schließen, daß die Geldpolitik ihren Handlungsspielraum noch nicht ausgeschöpft hat. Zuletzt wurde nur der geldmarktrelevante Satz für Wertpapier-Pensionsgeschäfte geringfügig gesenkt, die Leitzinssätze sind seit Ende August stabil. Die Politik der vorsichtigen und kleinen Zinssenkungsschritte spiegelt sich auch im Niveau der langfristigen Zinsen, das nur relativ langsam zurückgeht. Die Rendite für deutsche Bundespapiere lag zuletzt knapp unter 6%.

Die österreichische Industrieproduktion überstieg die Vorjahreswerte in den ersten acht Monaten 1995 deutlich. Kumuliert betrug der Zuwachs (teilweise arbeitstäglich bereinigt, ohne Energieversorgung) 8% (Juli +9,1%, erste Aufarbeitung für August +8% gegenüber dem Vorjahr). Die

Industrie

	1992	1993	1994	1995				1995		
				I Qu	II Qu	III Qu	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Vorleistungen	- 01	- 25	+ 69		+ 99		+114	+ 89	+106	
Für die Nahrungs- und Genussmittelbranchen	+ 07	- 08	+ 61		+ 22		+ 83	- 32	+ 51	
Für die Textil- und Lederbranchen	+ 04	- 75	+ 05		+ 24		+ 23	+ 04	+ 34	
Für die Holz- und Papierbranchen sowie Druckereien	+ 28	- 08	+109		+ 33		+ 50	+ 07	+ 47	
Für die Chemie	+ 00	- 42	+ 52		+ 12		+106	+108	+102	
Für die Stein- und Glaswarenproduktion	- 73	- 49	+ 98		+189		+163	- 32	+ 68	
Für die Grundmetallverarbeitung	- 73	- 25	+ 48		+211		+219	+214	+144	
Für die Technische Verarbeitung	- 07	- 46	+ 84		+146		+143	+112	+204	
Für die Bauwirtschaft	+ 11	+ 10	+ 91		+ 86		+ 93	+109	+ 68	
Für sonstige Wirtschaftsbereiche	+ 19	+ 06	+ 29		+ 84		+104	+ 73	+ 21	
Ausrüstungsinvestitionen	- 26	- 47	+ 33		+161		+186	+187	+ 73	
Fahrzeuge	-130	-143	-124		+455		+459	+419	+255	
Maschinen und Elektrogeräte	- 38	- 35	+ 58		+173		+215	+244	+ 71	
Sonstige	+ 61	- 41	+ 22		+ 44		+ 30	- 22	+ 47	
Konsumgüter	- 21	- 11	+ 17		- 03		- 04	+ 15	+ 05	
Verbrauchsgüter	+ 04	+ 03	+ 25		- 15		- 15	+ 06	- 46	
Kurzlebige Verbrauchsgüter	- 55	-110	- 42		- 35		- 35	- 47	+ 61	
Langlebige Verbrauchsgüter	- 28	+ 79	+ 58		+ 47		+ 42	+ 93	+ 95	
Industrie insgesamt (ohne Energieversorgung)	- 11	- 25	+ 50		+ 88		+101	+ 91	+ 79	
Nicht arbeitstäglich bereinigt	- 07	- 26	+ 55		+ 71		+ 50	+ 92	+ 81	
Teilweise arbeitstäglich bereinigt (7 : 3)	- 10	- 25	+ 51		+ 83		+ 85	+ 91	+ 79	
Produktivität pro Kopf	+ 25	+ 43	+ 89		+ 92		+107	+ 97		
Produktivität pro Stunde	+ 42	+ 61	+ 86		+ 89		+ 97	+104		
Auftragseingänge (ohne Maschinenindustrie)	+ 03	- 25	+178	+141	- 37		- 37	+ 08	- 29	
Auftragsbestände (ohne Maschinenindustrie)	- 13	- 24	+ 98	+162	+ 81		+ 45	+ 47	+ 01	

Bauwirtschaft

	1992	1993	1994	1995				1995		
				I Qu	II Qu	III Qu	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Produktionswert (nominal)	+ 77	+ 17	+ 73	-08	+25		+02	+30	-05	
Hochbau	+104	+ 10	+ 68	+08	+68		+39	+57	+14	
Tiefbau	+ 00	+ 37	+ 58	-54	-10		-36	+12	-22	
Beschäftigte	+ 48	+ 08	+ 13	-27	-28		-27	-23	-29	
Hochbau	+ 48	- 14	+ 12	-31	-05		-15	-05	-06	
Tiefbau	- 06	+ 72	- 13	-26	-31		-31	-17	-30	
Auftragsbestände	+ 34	+132	+ 76	+07	-37					
Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten	+ 71	+104	+100	-04	-14					
Preisindex Hochbau	+ 37	+ 30	+ 29	+28	+25	+22				
Wohnbau	+ 45	+ 31	+ 30	+29	+23	+22				
Preisindex Tiefbau	+ 17	+ 23	+ 20	+22	+28	+26				
Straßenbau	+ 16	+ 23	+ 25	+21	+32	+38				

Energiewirtschaft

	1992	1993	1994	1995				1995		
				I Qu	II Qu	III Qu	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Förderung	+ 43	+ 30	- 53							
Kohle	-149	- 45	-178							
Erdöl	- 72	- 21	- 48	- 57	-64		- 54	- 67		
Erdgas	+ 81	+ 33	- 87	+151	+84		+186	+152		
Stromerzeugung	- 06	+ 29	+ 15	+ 46	+25		+ 32	+126	+ 88	
Wasserkraft	+102	+ 54	- 30	- 64	+13		+ 41	+254	+134	
Wärmekraft	-195	- 29	+130	+226	+92		- 24	-359	- 31	
Verbrauch	- 33	+ 06	+ 05							
Kohle	-221	-130	+ 21							
Erdöl Mineralölprodukte	- 12	+ 16	+ 02							
Treibstoffe	+ 02	- 17	+ 43							
Normalbenzin	- 22	- 71	- 05							
Superbenzin	- 53	- 25	- 15							
Dieselkraftstoff	+ 54	+ 08	+ 98							
Heizöle	-112	+ 90	- 81							
Gasöl für Hezzwecke	- 73	+102	- 31							
Sonstige Heizöle	-138	+ 81	-119							
Erdgas	- 20	+ 52	+ 28							
Elektrischer Strom	- 10	+ 05	+ 11	+ 50	+25		+ 22	+ 22	+ 19	

sichtspunkten zu klassifizieren. Die Zurechnung zu den verursachenden Emittenten (ÖNACE-Aktivitätsklassifikation) ist das wichtigste Klassifikationskriterium, ist doch der Zweck, Entscheidungsgrundlagen für wirtschaftspolitisches Handeln zu schaffen.

Weitere Klassifikationskriterien sind mittelfristige Gefährlichkeit und Fristigkeit (Abbaubarkeit) sowie welche Medien von den einzelnen Belastungen betroffen sind.

Der österreichische Ansatz

Manche der ausgewählten Indikatoren sind „*second best*“, weil die zur Abbildung eines Phänomens „ideale“ Information nicht vorhanden, ja nicht einmal theoretisch geklärt und konsensfähig ist. Gerade in der komplexen Materie der Ökologie wächst der Wissensstand der einzelnen Disziplinen ständig, ein nach heutigem Stand „idealer“ Indikator mag in einigen Jahren nicht mehr als ausreichend angesehen werden. So wurden viele umweltschädigende Einflüsse erst in jüngster Vergangenheit erkannt²⁾.

Der *Zeithorizont* für die Datensammlung reicht bis 1970 zurück; eine solche Periode ist für die Beurteilung langfristiger Entwicklungstendenzen gut geeignet; der Beginn der siebziger Jahre kann zudem mit gutem Grund als Start des aktiven Umweltschutzes angesehen werden³⁾.

In diesen gut zwanzig Jahren traten Entwicklungen im Umweltzustand ein, mit denen man zuvor nicht gerechnet hatte, aus denen die Umweltpolitik aber viel gelernt hat. Beschränkte sie sich zunächst vor allem auf das Verhindern der Freisetzung schädlicher Substanzen in die Umwelt, so verhalf im Laufe der achtziger Jahre die Erkenntnis, daß auch ungiftige Substanzen wie CO₂ und FCKW die Ökosysteme gefährden können, einer komplexeren Sicht der ökologischen Zusammenhänge zum Durchbruch. Mit dem Begriff „Sustainability“ richtet sich das Augenmerk auf die großen Massenströme.

Diese Entwicklung im Bewußtsein der Entscheidungsträger schlägt sich nicht nur in entsprechenden Maßnahmen, sondern auch in der Datenlage nieder. Der Impuls, bestimmte Daten zu erheben, wird immer von einem öffentlichen Interesse ausgelöst.

Für manche Problembereiche sind kaum Daten verfügbar. In diesem Fall kann auf „Hintergrundindikatoren“ (z. B. BIP-Entwicklung) zurückgegriffen werden, die zwar nicht die Belastung selbst, aber diese vermutlich auslösende Tendenzen zeigen.

Die Zustandsindikatoren leiden oft unter dem Problem zu vieler und schwer in einer einzigen Zahl ausdrückbarer Informationen. Zum Teil wurde hier die Häufigkeit der Überschreitung eines bestimmten Grenzwertes angegeben, in anderen Fällen beschränkt sich die Definition auf beispielhafte und repräsentative Beschreibungen.

Auf der *Belastungsseite* der Klimaveränderung macht ein Vergleich der Entwicklung von Energieverbrauch und realem BIP in Österreich eine Entkoppelung des Verlaufs deutlich: Eine zunehmende Menge von Gütern und Leistungen wird mit relativ abnehmendem Energieeinsatz bereitgestellt; dies ist im wesentlichen auf Technologiefortschritte (Effizienz) zurückzuführen. Dank emissionsmindernder Maßnahmen ist zudem der Kohlendioxid ausstoß insgesamt seit 1981 mit wenigen Ausnahmen rückläufig, nachdem er zuvor fast parallel mit dem Energieverbrauch gestiegen ist. Zum größten Teil (96%) stammen die Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger, zu einem kleinen Teil aus Emissionen der Zementindustrie und der Abfallverbrennung. Die CO₂-Emissionen tragen 58% zu den gesamten „Treibhausgasemissionen“ Österreichs bei.

Die Ergebnisse der Indikatorenanalyse

Die anthropogenen Methanemissionen liegen erst seit 1990 — mit etwa stabilen Werten — vor. Der Flugverkehr, dessen Emissionen aufgrund der großen Höhe ihres Ausstromens sehr klimawirksam sind, hat gemessen an der Zahl der Flüge seit 1970 auf mehr als das Vierfache zugenommen. Eine Schätzung der Lachgasemissionen zeigt Zunahmen zwischen 1970 und 1980 und anschließend deutliche Rückgänge.

Klimaveränderung

Als Indikator der *Zustandsseite* wurden die Lufttemperaturschwankungen in Abweichung von einem Mittelwert herangezogen; sie zeigen kein eindeutiges Bild und allenfalls in den letzten Jahren eine gewisse steigende Tendenz.

Die *Maßnahmenseite* zeigt den stark erhöhten Anteil erneuerbarer Energieträger und eine allerdings erst seit kurzem wirksame, aber deutlich zunehmende Förderung von Solaranlagen. Hingegen haben Preis- und Steuermaßnahmen den Energieverbrauch offenbar nicht eingeschränkt: Das Mineralölsteueraufkommen stieg viel schwächer als jenes der anderen Verbrauchsteuern, und auch die Preisgestaltung jener Energieträger, die hauptverantwortlich für den Kohlendioxid ausstoß sind, war als Lenkungsinstrument eher kontraproduktiv.

Ozonschichtverdünnung

Für die Ozonschichtverdünnung belastend wirken vor allem die Emissionen von halogenierten Kohlenwasserstoffen: In den letzten zehn Jahren nahmen die Emissionen von vollhalogenierten Kohlenwasserstoffen und von Lösungsmitteln deutlich ab, die Emissionen von teilhalogenierten Kohlenwasserstoffen und Halonen hingegen zu.

²⁾ Eine vollständige Zusammenstellung der Indikatoren zu allen Problembereichen findet sich in Statistische Nachrichten 1995 (5).

³⁾ 1970 Einrichtung des ersten Umweltministeriums in Bayern; 1972 in Österreich; Veröffentlichung des Berichts des Club of Rome zur Lage der Menschheit 1972.

Wirtschaftswachstum

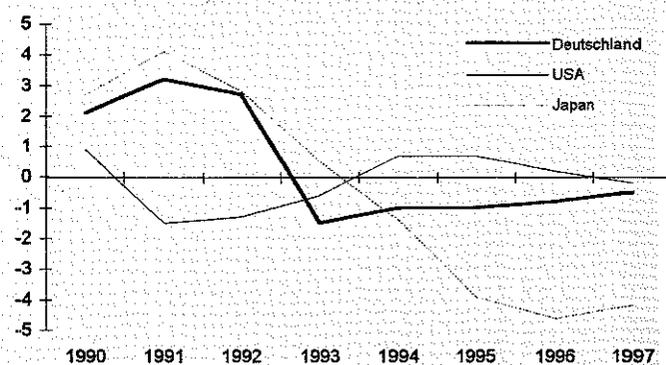
Übersicht 1

	Gewicht ¹⁾	Brutto-Inlandsprodukt			
		1994	1995	1996	1997
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
USA	33,6	+4,1	+3,0	+2,5	+2,8
Japan	18,1	+0,5	+0,3	+1,8	+2,8
Deutschland	10,0	+2,9	+2,0	+2,0	+3,0
Frankreich	7,0	+2,9	+2,3	+2,0	+2,3
Italien	6,5	+2,2	+2,8	+2,3	+2,3
Großbritannien	5,7	+3,8	+2,8	+2,5	+2,8
Kanada	3,4	+4,6	+2,3	+3,0	+4,3
Große Industrieländer	84,3	+2,9	+2,3	+2,3	+2,8
Spanien	2,9	+2,0	+3,3	+3,0	+3,3
Australien	1,8	+5,3	+3,5	+3,0	+2,5
Niederlande	1,7	+2,7	+3,0	+2,8	+3,0
Schweiz	1,3	+1,2	+1,3	+1,8	+2,0
Schweden	1,3	+2,2	+3,5	+2,5	+1,8
Belgien	1,2	+2,2	+2,0	+2,5	+2,8
Österreich	1,0	+3,0	+2,4	+2,0	—
Türkei	1,0	-6,4	+7,0	+5,0	+4,8
Dänemark	0,8	+4,4	+3,3	+3,0	+2,5
Norwegen	0,7	+5,7	+4,5	+4,0	+2,3
Finnland	0,7	+4,0	+4,8	+3,5	+3,0
Portugal	0,4	+0,9	+2,8	+3,3	+3,0
Griechenland	0,4	+1,5	+1,5	+2,3	+2,3
Neuseeland	0,3	+4,2	+3,3	+2,5	+3,8
Irland	0,3	+6,7	+5,5	+4,8	+4,5
Luxemburg	0,1	+3,3	+3,3	+3,3	+3,3
Island	0,0	+2,9	+3,0	+2,0	+2,3
Kleine Industrieländer	15,7	+2,4	+3,3	+3,0	+2,8
OECD insgesamt	100,0	+2,9	+2,3	+2,3	+2,8
OECD-Europa	42,9	+2,6	+2,8	+2,5	+2,8
EU	39,8	+2,8	+2,5	+2,3	+2,8
EFTA	2,0	+2,7	+2,5	+2,5	+2,0

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen. — ¹⁾ In % des BIP der OECD 1993.

Auslastungsgrad in % des Produktionspotentials

Abbildung 2



dem nur die USA und allenfalls Deutschland mit einer Steigerung des Nettoexports und damit einem positiven Außenbeitrag zum Wirtschaftswachstum rechnen. In Italien oder Großbritannien etwa läuft dagegen der stimulierende Effekt der Währungsabwertungen aus.

In vielen Ländern bewirken die Stufenpläne zur Verringerung der öffentlichen Neuverschuldung eine Dämpfung der Binnennachfrage. Dies gilt insbesondere für die EU-Staaten, deren Budgetdefizite nicht nur überdurchschnittlich hoch sind, sondern denen der Terminplan der Währungsunion für ihre Verringerung auch relativ knappe Fristen setzt. In welchem Maße diese restriktiven Impulse tatsächlich nachfragewirksam werden, hängt vor allem davon ab, ob die nunmehr höhere Sparneigung der öffentlichen Hand zumindest teilweise durch geringeres Sparen der privaten Haushalte ausgeglichen wird. Die private Sparquote ist vor allem in OECD-Europa recht hoch; die Möglichkeit der Wiedergewinnung der Balance in den öffentlichen Budgets und Eindämmung der Abgabenlast sollte den privaten Haushalten größere wirtschaftliche Zuversicht geben und sie zur Steigerung ihrer Konsumausgaben veranlassen. Auch wird eine dauerhafte und international akkordierte Budgetsanierung die Kapitalmärkte entlasten und über niedrigere Zinsen die private Kreditaufnahme — für Investitionen wie für Konsumzwecke — anregen.

Weiterhin hohe Arbeitslosigkeit in Westeuropa

Das mäßige Wirtschaftswachstum bietet wenig Aussicht auf eine durchgreifende Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Immerhin ist in Nordamerika mit einer Zunahme der Beschäftigung um 1% bis 1½% im Jahresrhythmus zu rechnen. Lohnzurückhaltung und vergleichsweise hohe institutionelle Flexibilität begünstigen die Schaffung neuer Arbeitsplätze, teilweise zu Lasten des Produktivitätsfortschritts. In den USA bleibt die Arbeitslosenquote, trotz wachsenden Angebotes an Arbeitskräften, unter 6% und liegt damit unverändert nahe an der Grenze zur Vollbeschäftigung.

In Japan stieg die Arbeitslosenquote 1995 über 3% und erreichte damit einen neuen Höchstwert. Seit Jahren läßt die stagnierende Produktion nur ein geringfügiges Wachstum

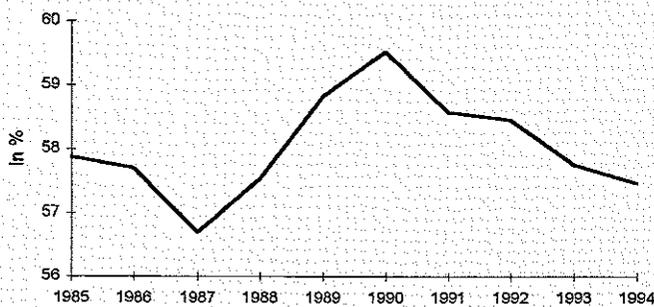
Die Unternehmensgewinne waren bereits von der jüngsten Rezession generell weniger beeinträchtigt worden als in früheren Konjunkturbrüchen. Seither haben sie sich erheblich gebessert, vielfach erreichten sie wieder frühere Spitzenwerte. Offenbar achten die Unternehmen nunmehr stärker auf ihre Ertragskraft, wozu sie auch durch den verschärften Wettbewerbsdruck auf Güter- wie Kapitalmärkten veranlaßt werden. Die zunehmende Integration in der Weltwirtschaft (nach dem Abschluß der Uruguay-Runde des GATT) sowie die Weiterentwicklung der internationalen Arbeitsteilung zwingen überdies zu Anpassung und Rationalisierung. Alle diese Faktoren — sinkende Zinsen, gute Gewinne und erhöhter Wettbewerbsdruck — sollten die private Investitionstätigkeit in Gang halten, selbst wenn die Endnachfrage nur mäßig wächst und die Produktionskapazitäten vielfach nicht voll ausgelastet sind. In den meisten OECD-Ländern verzeichneten die privaten Unternehmensinvestitionen heuer deutliche Zuwächse (im Durchschnitt real knapp +8%); ihre Dynamik sollte sich bis 1997 nur unwesentlich verringern.

Fiskalpolitik dämpft Nachfragewachstum

Die übrigen Komponenten der Gesamtnachfrage bieten wenig Aussicht auf beschleunigtes Wachstum. Unter der Annahme konstanter Wechselkurse etwa auf dem gegenwärtigen Niveau können unter den großen Industrielän-

Deckung der Sozialausgaben durch Beiträge

Abbildung 1



zweckgebundenen Finanzierung schwankt langfristig erheblich. Ende der achtziger Jahre verbesserte sich der Deckungsgrad deutlich, seit 1991 ist er allerdings wieder rückläufig. 1994 wurden 57,5% der gesamten Sozialausgaben durch Beiträge finanziert (1993 57,7%; Abbildung 1), die übrigen Ausgaben wurden aus Gebühren (insbesondere im Gesundheitsbereich) und vor allem aus Steuern gedeckt.

Die Finanzierung der Sozialausgaben ist für die Verteilungswirkungen nicht ohne Bedeutung. Die Beitragsfinanzierung stärkt die horizontale Verteilung, weil sie sich weniger an der Einkommenshöhe als vielmehr an anderen Merkmalen (Zielen) orientiert; die Steuerfinanzierung betont dagegen die vertikale Verteilungswirkung und soll zu einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung beitragen. Die Verlagerung der Finanzierungsstruktur stärkt daher (tendenziell) die vertikale Verteilungswirkung.

Ein internationaler Vergleich der Sozialquote zeigt (allerdings sind nur für 1993 Zahlen verfügbar), daß Österreich mit 29,4% etwa im Durchschnitt der EU-Länder liegt.

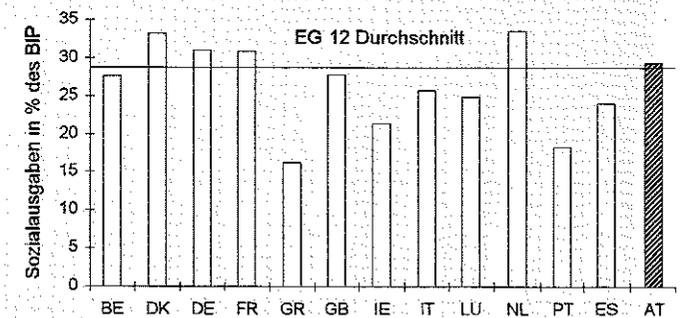
Ein internationaler Vergleich der Sozialquote zeigt (allerdings sind nur für 1993 Zahlen verfügbar), daß Österreich mit 29,4% etwa im Durchschnitt der EU-Länder liegt. Dänemark, Deutschland, Frankreich und die Niederlande geben relativ mehr aus als Österreich, die südlichen Länder, aber auch Großbritannien und Belgien hingegen deutlich weniger (Abbildung 2). Da die Sozialausgaben in allen Ländern sehr stark von den Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung betroffen sind, könnte sich das Bild jedoch rasch ändern.

Den Großteil der Ausgaben für die soziale Sicherheit leisten die Sozialversicherungsträger — auf sie entfällt mit 349,1 Mrd S (1994) mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben. Der Bundeshaushalt trägt etwas mehr als ein Viertel der Ausgaben für soziale Sicherheit (179,8 Mrd S), insbesondere Familienleistungen und Arbeitslosenversicherung sowie die Pensionen der Bundesbediensteten und das Pflegegeld. Der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung bleibt hier unberücksichtigt. Die Länder und Gemeinden tätigen rund ein Fünftel der Ausgaben für soziale Sicherheit. Ihr Schwerpunkt liegt im Gesundheitsbereich, daneben geben sie aber auch im Rahmen der Sozialhilfe, der Behindertenhilfe usw. erhebliche Beträge aus. Die

Sozialquote im internationalen Vergleich

Abbildung 2

1993



BE... Belgien, DK... Dänemark, DE... Deutschland, FR... Frankreich, GR... Griechenland, GB... Großbritannien, IE... Irland, IT... Italien, LU... Luxemburg, NL... Niederlande, PT... Portugal, ES... Spanien, AT... Österreich

Ausgaben der Länder und Gemeinden für die soziale Sicherheit wurden bisher jedoch noch nicht genau dokumentiert.

Belastungsquote in der Pensionsversicherung steigt

Die Ausgaben für Pensionen sind die wichtigste Komponente im Rahmen der Aufwendungen für soziale Sicherheit. Sie erforderten 1994 insgesamt 312,4 Mrd S (+4,8%; Übersicht 2). Dazu zählen die Aufwendungen sowohl für die Pensionen im Rahmen der gesetzlichen Sozialversicherung (ASVG, GSVG, FSVG, BSVG) als auch für die Pensionen der Beamten des Bundes und der anderen Gebietskörperschaften.

Einschließlich der Ausgleichszulagen gaben die Pensionsversicherungsanstalten 1994 217,2 Mrd S unmittelbar für Pensionen aus (+4,1%). Die Zahl der Pensionen nahm 1994 um knapp 1,5% zu, stärker als im Durchschnitt der letzten Jahre (1985/1994 +1,2% pro Jahr). Sie betrug in den gesetzlichen Pensionsversicherungen im Jahresdurchschnitt 1994 1,786.000. Bei einem Anpassungsfaktor von 2,5% (d. h. die allgemeine Erhöhung der Pensionen betrug 2,5%) stieg der Pensionsaufwand 1994 (ohne Ausgleichszahlungen) um 3,7%, eine Reihe von Maßnahmen der letzten Jahre, insbesondere die Nettoanpassung, wirkte demnach 1994 dämpfend auf den Pensionsaufwand.

Obwohl der Anstieg des Pensionsaufwands 1994 gedämpft wurde, ist das Problem der Pensionsfinanzierung keineswegs gelöst. Die Zahl der Pensionen steigt rascher als jene der Beitragszahler, und dadurch verschlechtert sich die Belastungsquote (Relation zwischen der Zahl der Pensionen und jener der Beitragszahler) weiter.

Dennoch ist das Problem der Pensionsfinanzierung keineswegs gelöst. Die Zahl der Pensionen steigt rascher als jene der Beitragszahler, und dadurch verschlechtert sich die Belastungsquote (Relation zwischen der Zahl der Pensionen und jener der Beitragszahler) weiter. 1994 entfielen auf 1.000 Beitragszahler 593 Pensionen (Übersicht 3).